

## Bundesanzeiger

<b>Name</b> KfW Bankengruppe Frankfurt am Main	<b>Bereich</b> Rechnungslegung/ Finanzberichte	<b>Information</b> Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2009	<b>V.-Datum</b> 29.06.2010
---	--	--	-------------------------------



KfW Bankengruppe

Frankfurt am Main

### Jahresabschluss und Lagebericht der KfW 2009

#### KfW im Überblick

	2007	2008	2009
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Jahresabschluss			
Geschäftsvolumen	497.022	478.038	482.470
Bilanzsumme	376.398	400.199	407.237
Begebene Schuldverschreibungen	262.997	297.682	324.323
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.747	3.247	3.247
Eigene Mittel	12.681	10.531	12.236
Zinsüberschuss	1.520	1.555	2.141
Zinsverbilligungsleistung	573	606	571
Provisionsüberschuss	202	150	199
Verwaltungsaufwand	547	506	552
Jahresergebnis	-1.393	-2.043	1.664
Cost-Income-Ratio vor Zinsverbilligungsleistung	23,8	21,9	19,0
Kernkapitalquote	9,3	9,3	11,6
Gesamtkennziffer <sup>1)</sup>	11,7	12,2	14,6
Zahl der Beschäftigten	3.571	3.307	3.321

<sup>1)</sup> Aufsichtsrechtliche Gesamtkennziffer und Kernkapitalquote werden für interne Zwecke berechnet. Die Kennziffern von 2007 wurden auf Basis von Grundsatz I, die Kennziffern ab dem 31.12.2008 auf Grundlage der Solvabilitätsverordnung (fortgeschrittener IRB-Ansatz) ermittelt.

#### Lagebericht

##### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die weltwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2009 stand im Zeichen der Finanzmarktkrise und ihrer realwirtschaftlichen Folgewirkungen. Nachdem die globale Wirtschaftsaktivität bereits im Schlussquartal 2008 deutlich nachgegeben hatte, folgte im 1. Quartal 2009 ein weiterer starker Wachstumseinbruch. Dies ging mit anhaltenden Turbulenzen an den Finanzmärkten einher. Die Aktienmarktnotierungen sanken im März weltweit auf mehrjährige Tiefstände, während die Risikoprämien auf Unternehmensanleihen aufgrund stark zunehmender Kreditausfallerwartungen deutlich anstiegen.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2009 zeigten die von Regierungen und Zentralbanken eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzmarktkrise und der Rezession aber zunehmend ihre stabilisierende Wirkung. An den Finanzmärkten trat in der Folge eine deutliche Beruhigung ein, was sich u. a. an sinkenden Risikoprämien auf den Interbankenmärkten und bei Unternehmensanleihen sowie steigenden Notierungen an den Aktien- und Rohstoffmärkten ablesen ließ.

Auch bei den realwirtschaftlichen Indikatoren setzte weltweit eine Erholung ein und der Welthandel nahm ab dem Sommer wieder deutlich Fahrt auf. Neben den umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Stimuli wurde die Konjunktur auch dadurch gestützt, dass sich der zuvor erkennbare starke Lagerabbau verlangsamte. Die ab dem 2. Quartal verbuchten Zuwächse des weltwirtschaftlichen Wachstums reichten jedoch nicht aus, um den starken Einbruch zu Jahresbeginn zu kompensieren. Im Jahresdurchschnitt 2009 ging deshalb das globale Bruttoinlandsprodukt, das 2008 preisbereinigt noch um knapp 3 % gewachsen war, um gut 1 % zurück. Trotz des schwierigen globalen Umfelds konnten einige asiatische Schwellenländer, allen voran China und Indien, auch im Jahr 2009 mit stattlichen Wachstumsraten aufwarten. Demgegenüber verzeichneten die führenden Industrieländer den stärksten Rückgang ihrer Wirtschaftsleistung seit der Großen Depression der 30er-Jahre. Besonders stark betroffen waren überdies einige mittel- und

osteuropäische Länder, bei denen die Abnahme des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr zum Teil zweistellige Raten erreichte.

Auch in Deutschland, das seit der Jahrtausendwende einen Großteil seines Realwachstums über die Nettoexporte realisiert hat und deshalb konjunkturell besonders anfällig auf Schwankungen der Auslandsnachfrage reagiert, hinterließ die globale Rezession tiefe Spuren. Als auf dem Höhepunkt der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Winterhalbjahr 2008/2009 die Nachfrage bei praktisch allen Außenhandelspartnern synchron wegbrach, kulminierte der bereits seit einem halben Jahr schwelende Abschwung in einem rasant beschleunigten Absturz der Wirtschaftsleistung, dessen Ausmaß in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel ist. Im Startvierteljahr 2009 hatte das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt schließlich fast 7 % gegenüber dem Hoch im 1. Quartal 2008 verloren und fiel so auf das Niveau von Ende 2005 zurück. Der vorangegangene dreijährige - und durchaus kräftige - Aufschwung wurde dadurch vollständig nivelliert. Seither hat sich die Wirtschaftsleistung zwar insbesondere aufgrund der geld- und fiskalpolitischen Impulse, mit denen sich die Zentralbanken und Regierungen in Deutschland und weltweit gegen die Rezession stemmen, etwas erholt. Die ab dem 2. Quartal erzielten Zuwächse reichten aber bei Weitem nicht aus, um den historischen Einbruch zu kompensieren. Im Gesamtjahr schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt vielmehr trotz Besserung im Jahresverlauf um 5 %. Dies ist das schlechteste Realwachstumsergebnis seit 1932 -sieht man von der Kriegs- und Nachkriegszeit ab, für die es keine Datenbasis gibt. Sowohl die Nettoexporte als auch die Ausrüstungsinvestitionen, welche angesichts der enormen Unterauslastung der Produktionskapazitäten stark zurückgefahren wurden, belasteten das Wirtschaftswachstum massiv. Demgegenüber milderten der private und staatliche Konsum sowie, als wichtiges Element der Konjunkturprogramme, die öffentlichen Baumaßnahmen den Rückgang. Der private Konsum profitierte dabei nicht nur von der sogenannten "Abwrackprämie" für Altfahrzeuge, sondern auch von der sehr niedrigen Inflationsrate sowie der überraschend stabilen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Nicht zuletzt dank der ausgeweiteten Möglichkeiten zur Kurzarbeit erhöhte sich die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote lediglich von 7,8 % im Jahr 2008 auf 8,2 % im Jahr 2009. Vor dem Hintergrund der sehr schlechten konjunkturellen Lage ist dieser Zuwachs ausgesprochen moderat. Demgegenüber stieg das Staatsdefizit infolge von Rekordrezession, Konjunkturprogrammen und Rettungspaketen für den Finanzsektor deutlich an: Nach geringfügigen Überschüssen in den Jahren 2007 und 2008 summierten sich die Haushaltsfehlbeträge der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen 2009 auf 3,3 % des Bruttoinlandsprodukts.

### Entwicklung der KfW

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die KfW nach zwei - durch die Rettung der IKB verursachten - Verlustjahren mit einem Jahresüberschuss von 1,7 Mrd. EUR wieder deutlich in die Gewinnzone zurückgekehrt. Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2009 wurde im Wesentlichen von folgenden Entwicklungen geprägt:

1. Weiterhin sehr hohes Fördervolumen mit einem auf Rekordniveau liegenden inländischen Finanzierungsvolumen einschließlich der intensiven Unterstützung der Bundesregierung im Kampf gegen die Folgen der Rezession in Deutschland mit dem "KfW-Sonderprogramm"
2. Herausragendes operatives Ergebnis, das im Gesamtjahr durch eine sehr günstige Refinanzierungssituation der KfW insbesondere im kurzfristigen Bereich begünstigt wurde
3. Aus den Kernaktivitäten im Jahresverlauf steigender Kreditrisikoversorgebedarf als Folge der weltweiten Wirtschaftskrise
4. Erholung des Wertpapierportfolios. Im Zuge der wiederkehrenden Liquidität an den Finanzmärkten stiegen die Marktwerte der Wertpapiere wieder deutlich und trugen positiv zum Ergebnis bei.

#### 1) Hohes Fördervolumen

Die KfW hat die inländische Förderung für Wirtschaft, Umwelt, Wohnungswirtschaft und Bildung im Jahr 2009 um 5,4 Mrd. EUR auf ein Rekordvolumen von 50,9 Mrd. EUR ausgebaut und damit einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die Wirtschaftskrise in Deutschland geleistet. Das Gesamtfördervolumen ist ebenfalls angestiegen und liegt mit 58,9 Mrd. EUR weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Dies spiegelt sich auch im Anstieg der Bilanzsumme der KfW im Geschäftsjahr 2009 um 7,0 Mrd. EUR auf 407,2 Mrd. EUR wider. Das entspricht einem Anstieg von 2 %.

Das Fördervolumen der KfW Mittelstandsbank hat sich gegenüber dem Vorjahr um 40 % gesteigert und erreichte 23,8 Mrd. EUR. Dieser Anstieg umfasst auch die Zusagen der KfW aus den konjunkturstützenden Sonderprogrammen in Höhe von 7,2 Mrd. EUR, die überwiegend mittelständischen Unternehmen gewährt werden.

Die KfW Privatkundenbank hat im Geschäftsjahr 2009 16,1 Mrd. EUR (Vorjahr: 14,9 Mrd. EUR) zur Förderung der Wohn- und Bildungsprogramme eingesetzt. Zu der Steigerung haben insbesondere die Programme für energieeffizientes Bauen und Sanieren beigetragen.

Das Fördervolumen der KfW Kommunalbank hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verringert und erreicht 9,4 Mrd. EUR (Vorjahr: 11,6 Mrd. EUR). Während die Zusagen im Direktgeschäft der Kommunalfinanzierung nahezu auf dem Vorjahresniveau gehalten werden konnten, hat sich das Volumen bei den Globaldarlehen spürbar reduziert.

Das Fördervolumen der KfW Entwicklungsbank hat mit Zusagen in Höhe von insgesamt 3,5 Mrd. EUR das hohe Niveau des Vorjahres von 3,6 Mrd. EUR leicht unterschritten. Zusätzlich zu den Mitteln aus dem Bundeshaushalt setzt die KfW Entwicklungsbank zu einem großen Teil eigene Mittel für Vorhaben in Entwicklungs- und Transformationsländern ein.

Der Verbriefungsmarkt befindet sich weiterhin in einer schwierigen Verfassung. Aufgrund des nach wie vor fehlenden Vertrauens der Investoren liegt das Zusagevolumen bei der Kreditverbriefung mit 1,5 Mrd. EUR unter dem Niveau des Vorjahres von 1,9 Mrd. EUR.

#### 2) Herausragende operative Ertragskraft

Das Betriebsergebnis vor Bewertungen hat sich mit einem außerordentlich hohen Wachstum von 566 Mio. EUR bzw. 45 % auf 1.823 Mio. EUR sehr erfreulich entwickelt.

Wachstumsträger ist vor allem der Zinsüberschuss, der trotz weiterhin hoher Zinsverbilligungsleistungen von 571 Mio. EUR deutlich angestiegen ist. Neben dem guten operativen Ergebnis wirken sich zusätzlich die im Jahr 2009 äußerst günstigen kurzfristigen Refinanzierungsmöglichkeiten nach den stabilisierenden geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken aus. Die Cost-Income-Ratio<sup>1)</sup> vor Zinsverbilligungsleistungen beträgt 19 %.

### 3) Konservative Kreditrisikoversorgepolitik

Die Kreditrisiken sind, wie erwartet, im Jahresverlauf mit wachsender Dynamik angestiegen. Diese Entwicklung spiegelt das sukzessive Übergreifen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft wider. Die KfW konnte diesem wachsenden Kreditrisikoversorgebedarf im Jahr 2009 durch die Auflösung der im Vorjahr hierfür gebildeten Vorsorgen, einschließlich des externen Fonds für allgemeine Bankrisiken, teilweise begegnen und darüber hinaus in Fortsetzung der Risikoversorgepolitik weiterhin eine konservative Dotierung vornehmen.

Gebildet wurde insbesondere Vorsorge für die akuten Kreditrisiken, die schwerpunktmäßig das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung betreffen, aber auch aus der inländischen Förderung sowie der Förderung der Entwicklungs- und Transformationsländer resultieren. Die Vorsorge für weitere Risiken im Kreditportfolio wurde angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage überprüft und es wurde berücksichtigt, dass einzelne Branchen und Länder besonders stark von der Rezession betroffen sind.

### 4) Stabilisierung der Lage an den Finanzmärkten

Einhergehend mit den stabilisierenden Maßnahmen der Regierungen und Zentralbanken hat sich die Lage an den Finanzmärkten im Verlauf des Jahres 2009 deutlich entspannt. Während im Vorjahr die Märkte für nahezu alle Anlageklassen weitgehend ausgetrocknet und hohe Risiko- und Liquiditätsaufschläge selbst für gute Adressen üblich waren, haben sich die Kurse mit der Rückkehr des Vertrauens der Investoren sukzessive erholt. Die Marktbewertung der Wertpapierbestände erfolgt daher seit Jahresmitte nicht mehr auf Basis von Modellen.

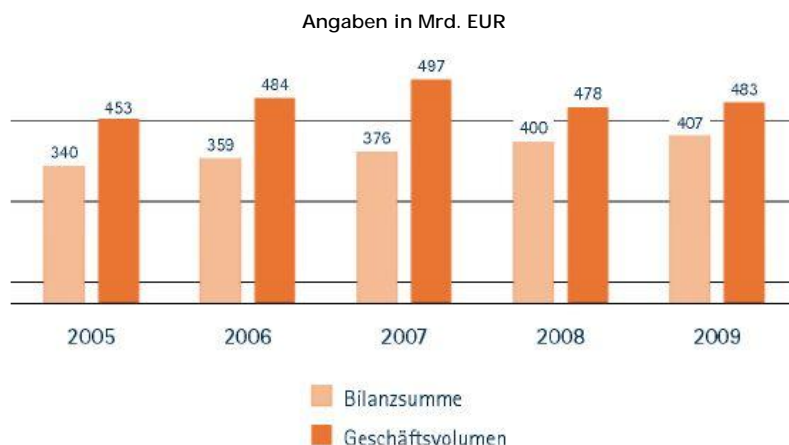
Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Finanzmarktkrise wurde die Wertpapierstrategie der KfW überprüft und im Jahr 2009 neu ausgerichtet. Neben einer klaren Verantwortlichkeit für einzelne Anlageklassen steht als Anlageziel zunächst die Liquiditätssicherung im Vordergrund. Dies ist verbunden mit einer Reduzierung des Portfolios. Im Zuge dessen erfolgte im Jahr 2009 die Umwidmung von Wertpapierbeständen, die der strategischen Anlage dienen, vom Umlauf- ins Anlagevermögen in einer Größenordnung von 16,2 Mrd. EUR.

<sup>1)</sup> Verwaltungsaufwand in Relation zum bereinigten Ertrag. Der bereinigte Ertrag berechnet sich aus der Größe Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Zinsverbilligungsleistungen.

## Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Geschäftsvolumen der KfW beträgt 482,5 Mrd. EUR gegenüber 478,0 Mrd. EUR im Vorjahr. Der leichte Anstieg ist dabei im Wesentlichen auf eine Steigerung der Unwiderruflichen Kreditzusagen um 14,7 Mrd. EUR u.a. für inländische Investitionsfinanzierungen zurückzuführen. Des Weiteren beeinflussten die hohe Nachfrage nach Kredit-Sonderprogrammen und der damit verbundene Anstieg der Kreditforderungen das Geschäftsvolumen. Gegenläufig entwickelten sich die Eventualverbindlichkeiten, bedingt durch einen Einbruch im Verbriefungsgeschäft in Höhe von 16,8 Mrd. EUR.

Entwicklung Bilanzsumme und Geschäftsvolumen



Das Geschäftsjahr 2009 war für die KfW das Jahr mit dem höchsten inländischen Finanzierungsvolumen seit ihrer Gründung. Diese Entwicklung in Verbindung mit für die KfW sehr guten Refinanzierungsbedingungen hat das Jahresergebnis positiv beeinflusst. Das Betriebsergebnis vor Bewertungen liegt mit 1.823 Mio. EUR deutlich über dem Niveau des Vorjahres (1.257 Mio. EUR). Getragen wird die Ergebnissteigerung durch ein sehr gutes Zinsergebnis von 2.141 Mio. EUR gegenüber 1.555 Mio. EUR im Vorjahr und einen um 33% gestiegenen Provisionsüberschuss von 199 Mio. EUR. Der Verwaltungsaufwand ist aufgrund von Sonderabschreibungen auf Gebäude um 9% auf 552 Mio. EUR gestiegen.

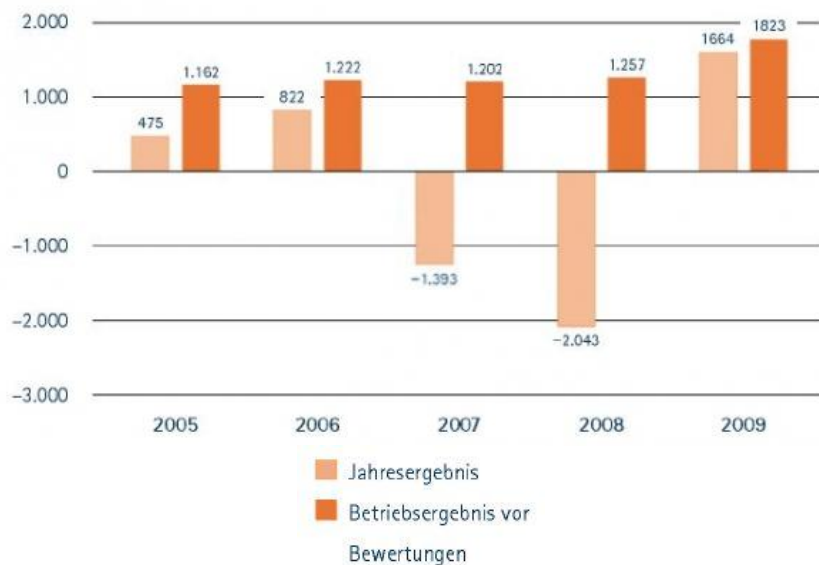
Das Risikoversorge- und Bewertungsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere aufgrund von Wertaufholungen bei den Wertpapieren des Umlaufvermögens und einer Reduzierung der im Vorjahr für die Finanzmarktkrise gebildeten Portfoliowertberichtigung insgesamt um 3.155 Mio. EUR auf -102 Mio. EUR verbessert. Ergebnisbelastend wirkt sich der Risikoversorgebedarf in der Beteiligungs- und Schiffsfinanzierung aus.

Aufgrund der anhaltenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise waren darüber hinaus Abschreibungen auf Teile der strukturierten Wertpapiere des Anlagevermögens sowie Abschreibungen auf Beteiligungen notwendig.

Als Folge der sehr guten Geschäfts- und Marktentwicklungen weist die KfW zum 31. Dezember 2009 einen Jahresüberschuss von 1.664 Mio. EUR - gegenüber einem Jahresfehlbetrag von 2.043 Mio. EUR im Vorjahr - aus.

#### Betriebsergebnis vor Bewertungen und Jahresergebnis

Angaben in Mio. EUR



#### Kreditvolumen

Das Kreditvolumen (Kreditforderungen einschließlich Treuhand- und Avalkrediten) hat sich auf 344,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 358,2 Mrd. EUR) verringert.

#### Kreditvolumen

	31.12.2009 Mio. EUR	31.12.2008 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Förderung der deutschen Wirtschaft				
Kommunalbank	61.166	60.432	734	1
Mittelstandsbank	90.358	85.067	5.291	6
Privatkundenbank	99.188	96.822	2.366	2
Sonstige Investitionsfinanzierung	3.749	5.462	-1.713	-31
Export- und Projektfinanzierung	39.158	42.887	-3.729	-9
Kredite zur Förderung der Entwicklungsländer	19.602	18.789	813	4
Avalkredite	31.475	48.774	-17.299	-35
Kreditvolumen insgesamt	344.696	358.233	-13.537	-4
davon Treuhandkredite	16.314	6.295	10.019	159

Die Steigerung des Kreditvolumens zur Förderung der deutschen Wirtschaft auf 293,6 Mrd. EUR ist insbesondere auf die Zunahme der Investitionsfinanzierung zur Stärkung des Mittelstands zurückzuführen. Der Anteil der Kredite zur Förderung der deutschen Wirtschaft am Kreditvolumen stieg auf 85 %.

Die Avalkredite, die im Wesentlichen durch das Verbriefungsgeschäft geprägt sind, gingen um 17,3 Mrd. EUR auf 31,5 Mrd. EUR zurück und stellen damit einen Anteil von nur noch 9 % am Kreditvolumen.

Die Kredite zur Förderung der Entwicklungsländer entsprechen nahezu unverändert 6 % des Kreditvolumens.

Das Treuhandvermögen (16,4 Mrd. EUR) ist gegenüber dem Vorjahr um 10,1 Mrd. EUR gestiegen. Am 22. Juni 2009 wurde ein Vertrag zur Durchführung der finanziellen Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland (Bund) und der KfW abgeschlossen. Die KfW wird im Rahmen dieses Vertrages treuhänderisch für den Bund tätig. Aufgrund der Ausgestaltung dieses Vertrages erhöhte sich die Position "Treuhandvermögen" zulasten der "Forderungen an Kunden" um 11,1 Mrd. EUR. Das Treuhandvermögen umfasst insbesondere Treuhandkredite im Rahmen der Förderung von Entwicklungsländern.

#### Refinanzierung

Die KfW hat sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr primär durch die Emission von Schuldverschreibungen am Kapitalmarkt refinanziert. 2009 wurden Mittel in Höhe von 74,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 75,3 Mrd. EUR) aufgenommen.

Der Bestand der begebenen Schuldverschreibungen ist gegenüber dem Vorjahr um 26,6 Mrd. EUR gestiegen. Zum 31. Dezember 2009 werden 324,3 Mrd. EUR verbrieft Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Der Anteil der begebenen Schuldverschreibungen an den Fremdmitteln beträgt 89 % (Vorjahr: 82 %). Sie stellen somit unverändert die wichtigste Refinanzierungsquelle dar.

Der Anteil der bei Kreditinstituten und Kunden (ohne Bundesmittel) aufgenommenen Mittel ist von 10 % auf 7 % weiter gesunken. Die aus dem Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel betragen 3 % der Fremdmittel (gegenüber 7 % im Vorjahr).

Darüber hinaus bestehen nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 3,2 Mrd. EUR.

#### Fremde Mittel

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Bundesrepublik Deutschland				
ERP-Sondervermögen	168	227	-59	-26
Bundeshaushaltsmittel	11.344	23.593	-12.249	-52
	11.513	23.820	-12.308	-52
Sonstige Gläubiger	12.797	19.821	-7.024	-35
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24.310	43.641	-19.332	-44
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.474	17.360	-4.886	-28
Anleihen	116.850	99.423	17.427	18
Inhaberschuldverschreibungen (einschließlich Commercial Paper)	202.340	193.357	8.983	5
Anteilige und fällige Zinsen	5.133	4.902	231	5
Begebene Schuldverschreibungen	324.323	297.682	26.641	9
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.247	3.247	0	0
Insgesamt	364.354	361.930	2.424	1

#### Eigene Mittel

Durch die Verrechnung des Jahresüberschusses in Höhe von 1.664 Mio. EUR mit dem Verlustvortrag erhöht sich das Eigenkapital der KfW entsprechend. Darüber hinaus wurde gemäß vertraglicher Vereinbarung mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) ein Teil der Kapitalrücklage in Höhe von 306,8 Mio. EUR mit dem Verlustvortrag (272,4 Mio. EUR) verrechnet bzw. den Gewinnrücklagen (34,4 Mio. EUR) zugeführt.

Die Eigenen Mittel betragen danach zum 31. Dezember 2009 12,2 Mrd. EUR und liegen somit 16 % über dem Niveau des Vorjahres.

#### Eigene Mittel

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital der KfW	3.750,0	3.750,0	0,0
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-450,0	-450,0	0,0
Kapitalrücklage	5.947,0	6.253,8	-306,8
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	4.650,0	4.650,0	0,0
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	892,8	847,5	45,3
Erwirtschaftete Gewinne			
a) Gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz	1.574,3	1.574,3	0,0
b) Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	1.927,8	1.893,4	34,4
c) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG <sup>1)</sup>	47,6	47,6	0,0
Verlustvortrag	-1.499,2	-1.392,9	-106,3
Jahresfehlbetrag/-überschuss	0,0	-2.042,8	2.042,8
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB	45,9	50,0	-4,1
Insgesamt	12.236,2	10.530,9	1.705,3

<sup>1)</sup> Zu korrigieren um das aktivisch ausgewiesene Sonderverlustkonto gemäß § 17 (4) DMBilG (27 Mio. EUR)

Die aufsichtsrechtliche Gesamtkennziffer beträgt 14,6 % (Vorjahr: 12,2 %).

#### Entwicklung sonstiger wesentlicher Bilanzposten

Der Gesamtbestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere verringerte sich um 0,7 Mrd. EUR auf 37,6 Mrd. EUR. Der Bestand an fremden Emissionen, der 75 % des Gesamtbestandes der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere umfasst, ist 2009 um 14 % auf insgesamt 28,4 Mrd. EUR zurückgegangen.

Der überwiegende Teil der Wertpapiere wird zur Liquiditätssicherung der KfW vorgehalten. Diese Wertpapiere sind den Treasury-Wertpapierportfolios zugeordnet, die insbesondere in Euro sowie in geringem Umfang auch in US-Dollar geführt werden. 80 % der fremden Wertpapiere können im Rahmen von Refinanzierungsgeschäften mit der Europäischen Zentralbank (EZB) als Sicherheiten verwendet werden. Neben den Treasury-Wertpapierportfolios hält die KfW im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten in der

Kreditverbriefung und der Mittelstandsförderung Asset Backed Securities (ABS) mit einem Buchwert von 4,5 Mrd. EUR in ihrem Bestand. Etwaigen Risiken wird durch die Bildung einer angemessenen Risikovorsorge ausreichend Rechnung getragen.

Zur Kurspflege wurden zum Jahresende nominal 9,6 Mrd. EUR (Vorjahr: 5,4 Mrd. EUR) Eigene Schuldverschreibungen im Bestand gehalten. Dies entspricht 3 % der gegebenen Schuldverschreibungen.

Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren der KfW beträgt zum 31. Dezember 2009 15,3 Mrd. EUR gegenüber 18,5 Mrd. EUR im Vorjahr. Ursächlich für den Rückgang war im Wesentlichen die substanzielle Reduzierung der in Spezialfonds extern verwalteten Wertpapiere im Rahmen der Umsetzung der neuen Wertpapierstrategie.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich gegenüber dem Vorjahr von 2,5 Mrd. EUR auf 2,4 Mrd. EUR geringfügig reduziert.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen die Ausgleichsforderung an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) in Höhe von 597 Mio. EUR, die durch den Übergang der Rechte und Pflichten der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Abwicklung (SinA) auf die KfW zum 1. Januar 2008 übertragen wurde. Die Verpflichtungen der SinA werden jedoch unverändert wirtschaftlich von der BvS getragen. Der Ausgleichsforderung stehen versicherungstechnische Rückstellungen in gleicher Höhe gegenüber.

Den überwiegenden Teil der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bilden zeitanteilig abgegrenzte Zinsaufwendungen im Wesentlichen für derivative Finanzinstrumente und übernommene Leasingverpflichtungen im Rahmen von Projektfinanzierungen. Weiterhin werden Unterschiedsbeträge zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag aus der Aufnahme von Fremdmitteln (Disagien und Bonifikationen) abgegrenzt. In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden insbesondere die laufzeitanteilig zu verrechnenden Disagien aus dem Kreditgeschäft abgebildet.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 117 Mio. EUR auf 1.983 Mio. EUR erhöht. Der Gesamtbetrag umfasst die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (656 Mio. EUR) sowie andere Rückstellungen (1.327 Mio. EUR). Die anderen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen die versicherungstechnischen Rückstellungen der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Abwicklung, die Rückstellung zur Absicherung der aus der Übertragung des ERP-Sondervermögens künftigen Zinsbelastungen sowie Vorsorgen für Kreditrisiken.

#### Ertragslage

Das Betriebsergebnis der KfW vor Risikovorsorge und Bewertungen beträgt 1.823 Mio. EUR und liegt somit deutlich über dem Niveau des Vorjahres (1.257 Mio. EUR).

Der Zinsüberschuss - als wichtigste Ertragsquelle der KfW - stieg gegenüber dem Vorjahr um 586 Mio. EUR auf 2.141 Mio. EUR (Vorjahr: 1.555 Mio. EUR). Die positive Entwicklung basiert im Wesentlichen auf den hervorragenden kurzfristigen Refinanzierungsbedingungen der KfW. In dem Zinsergebnis sind Zinsverbilligungsleistungen von 571 Mio. EUR (Vorjahr: 606 Mio. EUR) berücksichtigt.

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich um 49 Mio. EUR (Steigerung von 33 %) auf 199 Mio. EUR. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf erhöhte Kreditbearbeitungsgebühren, insbesondere auf gestiegene Erträge aus der Abwicklung der Finanziellen Zusammenarbeit für die Bundesrepublik Deutschland (Bund), denen jedoch auch ein höherer Verwaltungsaufwand der KfW gegenübersteht.

Die Erhöhung des Verwaltungsaufwands um 9% auf 552 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr ist allein auf einen gestiegenen Sachaufwand von 203 Mio. EUR auf 257 Mio. EUR (+27 %) zurückzuführen. Wesentliche Ursachen für die Erhöhung des Sachaufwands sind Rückstellungsdotierungen und Sonderabschreibungen für eigen- und fremdgenutzte Gebäude. Gegenläufig wirkte sich die Reduzierung des Personalaufwands um 10 Mio. EUR auf 294 Mio. EUR aus. Hier wirkten verringerte Pensionsverpflichtungen entlastend.

Die Cost-Income-Ratio vor Zinsverbilligungsleistung hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter auf 19,0% (Vorjahr: 21,9 %) verbessert.

Das Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen setzt sich aus den folgenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen:

- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (einschließlich Veränderungen des Fonds für allgemeine Bankrisiken),
- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere sowie
- Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis beträgt insgesamt -102 Mio. EUR gegenüber -3.257 Mio. EUR im Vorjahr.

Das Risikovorsorgeergebnis des Geschäftsjahres 2009 von -320 Mio. EUR hat sich gegenüber dem von einzelnen Sondereffekten geprägten Vorjahresergebnis von -664 Mio. EUR deutlich verbessert. Die Risikovorsorge im Kerngeschäft der KfW hat sich dagegen nur um 281 Mio. EUR auf 236 Mio. EUR verringert. Hierbei standen deutlichen Erhöhungen bei der Neubildung von Einzelwertberichtigungen für akute Risiken geringere Zuführungen bei den Portfoliowertberichtigungen gegenüber. Der Bestand an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft hat sich im Wesentlichen aufgrund von Ausbuchungen auf 5,2 Mrd. EUR (Vorjahr: 6,5 Mrd. EUR) verringert. Mit 4,2 Mrd. EUR entfällt weiterhin der größte Anteil hiervon auf Wertberichtigungen in Verbindung mit dem Verkauf der IKB.

Ausgebucht wurden im Geschäftsjahr 2009 notleidende Kreditforderungen über 1.310 Mio. EUR (Vorjahr: 1.349 Mio. EUR) - der wesentliche Anteil entfällt hierbei auf Forderungen aus den IKB-Rettungsmaßnahmen. Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr in der KfW auf 38 Mio. EUR (Vorjahr: 51 Mio. EUR).

Für alle erwarteten Verluste wurde Vorsorge in Form von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen getroffen.

Das Bewertungsergebnis beträgt 218 Mio. EUR gegenüber -2.593 Mio. EUR im Vorjahr. Die positive Entwicklung ist geprägt durch hohe Zuschreibungen bei den Wertpapieren des Umlaufvermögens in Höhe von 317 Mio. EUR. Gegenläufig wirken Abschreibungen auf verbundene Unternehmen von 100 Mio. EUR.

Das Geschäftsjahr 2009 schließt mit einem Jahresüberschuss von 1.664 Mio. EUR (gegenüber einem Jahresfehlbetrag von 2.043 Mio. EUR im Vorjahr).

#### Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KfW sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2009 nicht eingetreten.

#### Nachhaltigkeitsbericht

Die nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen ist ein zentraler Wert des KfW-Konzernleitbildes. Darüber hinaus legt auch das KfW-Gesetz Umweltschutzmaßnahmen, Maßnahmen mit rein sozialen Zielen sowie Maßnahmen zur Bildungsförderung als eigenständige Förderaufgaben fest. Als Bank des Bundes und der Länder orientiert sich die KfW bei ihren Entscheidungen an der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und nutzt sie als roten Faden.

Das umfassende Finanzierungs- und Förderangebot des KfW-Konzerns in Deutschland und weltweit verfolgt einen Kanon von Zielen, der weitgehend deckungsgleich ist mit den Anliegen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Ein Blick in unsere Förderbilanz: Am gesamten Finanzierungsvolumen schlägt allein der Umwelt- und Klimaschutz regelmäßig mit rund einem Drittel zu Buche. Die KfW ist heute weltweit der größte Förderer von erneuerbaren Energien.

Der aktuelle Nachhaltigkeitsbericht der KfW stellt für die Jahre 2006 bis 2008 nicht nur unser Engagement für Umwelt- und Klimaschutz vor, sondern informiert über alle Aktivitäten der Bank, die unter dem Begriff "Nachhaltiges Handeln" zusammengefasst werden.

#### Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die wesentliche Voraussetzung für den aktuellen und zukünftigen Erfolg des KfW-Konzerns. Gerechte Entlohnung, Teilzeitarbeit, Chancengleichheit und eine Vielzahl von beruflichen und gesundheitlichen Förderungen sind dabei wichtige Bausteine der Personalpolitik. Die Kennzahlen hierzu haben sich im Jahr 2009 positiv entwickelt. So konnte der Anteil schwerbehinderter Beschäftigter auf dem hohen Niveau von 6 % gehalten werden, während sowohl der Anteil der Mitarbeiter in Teilzeit als auch der Frauenanteil bei Führungskräften weiter auf 18 % bzw. 26 % (von 17 % bzw. 24 % im Vorjahr) anstieg.

#### Nachhaltige Produkte

Neben der Unterstützung des Mittelstands und dem Kampf gegen die Folgen der Rezession bildete der Klima- und Umweltschutz den wichtigsten Förderschwerpunkt der KfW im Jahr 2009. So förderte die KfW im Rahmen ihrer Programme für Energieeffizientes Bauen und Sanieren die Verbesserung der Energiebilanz von Wohngebäuden und die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen mit insgesamt 8,9 Mrd. EUR und leistete damit einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Bundesregierung. Für Investitionen in den Klima- und Umweltschutz im In- und Ausland vergab die KfW insgesamt 19,8 Mrd. EUR. Allein in Deutschland hat sich hier das Fördervolumen gegenüber dem Jahr 2008 von 12,6 Mrd. EUR auf 16,5 Mrd. EUR erhöht (31 %).

#### Bewertung von Umwelt- und Sozialrisiken im Kerngeschäft

Eine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung ist fester Bestandteil jeder Prüfung von Vorhaben im Rahmen der Förderung von Entwicklungs- und Transformationsländern sowie im Rahmen der Export- und Projektfinanzierung in Ländern außerhalb der EU bzw. der OECD. Dabei werden die finanzierten Vorhaben systematisch auf mögliche negative Auswirkungen überprüft. Die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung definiert Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen, die mit einem Monitoring-Programm überwacht werden. Mehr als 40 eigene naturwissenschaftlich-technische Sachverständige unterschiedlicher Disziplinen können bei Bedarf zur Begleitung der Projekte durch alle Entwicklungsstadien eingesetzt werden. Für alle Geschäftsbereiche wurden deshalb verbindliche Nachhaltigkeitsrichtlinien entwickelt, die geschäftsbereichsspezifische Anforderungen an die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen definieren und die Arbeitsprozesse zu deren Umsetzung festlegen. Alle Richtlinien sind seit 2007 überarbeitet worden, die Richtlinien für das inländische Fördergeschäft und die Finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern jungst 2009.

#### Finanz- und Fördercontrolling

Die KfW steuert ihre Geschäftstätigkeit auf Grundlage einer zeitnahen Berichterstattung über die Entwicklung relevanter Finanz- und Förderkennzahlen. Die Kennzahlenermittlung liegt seit dem 1. Dezember 2008 beim "Finanz- und Fördercontrolling" und wurde im abgelaufenen Berichtsjahr umfassend weiterentwickelt. Der Vorstand und die Verantwortlichen für das operative Geschäft erhalten nun auch entsprechende Controllingkennzahlen für die verantworteten Geschäftsfelder und Bereiche sowie ausgewählte Produkte. Auf diese Weise werden Informationen zielgruppengerecht und handlungsorientiert bereitgestellt.

#### Nachhaltiger Geschäftsbetrieb

##### Principles for Responsible Investment (PRI)

Seit 2006 verpflichtet sich die KfW als einer der ersten deutschen Unterzeichner der "Principles for Responsible Investment"-Initiative der Vereinten Nationen, ihre eigenen Geldanlagen in fest- und variabel verzinsliche Wertpapiere auch unter dem Gesichtspunkt des gesellschaftlich verantwortlichen Handelns durchzuführen. Ein Großteil von unserem Liquiditätsportfolio wird nachhaltig gemanagt. PRI ist ein wichtiger Beitrag zum Nachhaltigkeitsengagement und somit zum ausgezeichneten Corporate Social Responsibility (CSR)-Rating der KfW.

#### Betrieblicher Umweltschutz

Auch beim betrieblichen Umweltschutz wollen wir den hohen Erwartungen unserer Eigentümer sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerecht werden, u. a. durch neue oder sanierte Verwaltungsgebäude mit beispielhaft geringem Primärenergiebedarf. Die DEG hat im Jahr 2009 z. B. ihren neuen Hauptsitz einer Zertifizierung nach dem neuen Deutschen Gütesiegel Nachhaltiges Bauen unterzogen und ein Siegel in "Gold" erhalten. Beim Papierverbrauch wird bis 2010 eine Recyclingpapierquote von 80 % angestrebt. Umweltschutz und Effizienzgewinne gehen oft einher: Als Ergebnis eines Effizienzprojektes werden im Jahr 2009 Farbdrucke in den Hausdruckereien reduziert.

#### CO2-Neutralstellung

Alle noch verbleibenden Treibhausgasemissionen der KfW, insbesondere auch aus Dienstreisen, werden seit 2006 durch die Stilllegung von Emissionsminderungsgutschriften CO<sub>2</sub>-neutral gestellt, für 2009 wird dies im Umfang von rund 20.000 t CO<sub>2</sub> erfolgen. Dieser Neutralstellungsbedarf ist im Laufe der Jahre gesunken, z. B. durch die Umstellung auf Ökostrom seit 2008. Die Kosten hierfür setzen dauerhaft und effizient Anreize zu weiteren kostensenkenden Energiesparmaßnahmen.

#### Nachhaltigkeitsrating

Auf das nachhaltige Anlagensegment spezialisierte, unabhängige Ratingagenturen analysieren und bewerten für institutionelle Investoren die Corporate Social Responsibility von Aktien- und Rentenemittenten. Solche CSR-Ratings beurteilen neben dem Umweltmanagement und den angebotenen Produkten und Dienstleistungen des Unternehmens eine Vielzahl weiterer Aspekte, wie z. B. Arbeitszeitmodelle für Mitarbeiter, organisatorische Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung oder implementierte Wertpapier-Investitionsstrategien. Die KfW wird schon seit mehreren Jahren von den beiden CSR-Ratingagenturen "Oekom Research" und "Sustainalytics" bewertet und nimmt in deren internationalem Branchenvergleich jeweils einen Spitzenplatz ein. Sämtliche KfW-Anleihen bieten deshalb für Socially Responsible Investors (SRI) attraktive Investitionsmöglichkeiten. "Sustainalytics" führt in einem zehn "Development Agencies" umfassenden Segment die KfW 2009 auf dem ersten Platz. "Oekom Research" gibt der KfW 2009 die zweitbeste vergebene Ratingnote innerhalb des Segments "Development Banks", es umfasst 20 Finanzinstitute bzw. Entwicklungsbanken. Dies bedeutet eine Einstufung als "Prime-Investment".

#### Risikobericht

Der vorliegende Risikobericht entspricht in Gliederung, Umfang und Inhalt dem Konzernrisikobericht, welcher im Konzernlagebericht veröffentlicht ist. Da das Risikomanagement und -controlling auf den KfW-Konzern ausgerichtet ist, wird auf die Erstellung eines Risikoberichtes auf Einzelinstitutsebene verzichtet.

#### Aktuelle Entwicklungen

Das Geschäftsjahr 2009 war wesentlich durch ein deutlich eingetrübtes Weltwirtschaftsklima geprägt, wobei insbesondere zum Jahresende erste Anzeichen einer konjunkturellen Erholung beobachtet werden konnten. Wie erwartet zeigten sich die Auswirkungen der Finanzmarktkrise im Jahr 2008 mit zeitlichen Verzögerungen auch im realwirtschaftlichen Sektor. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die krisenhaften Entwicklungen in der Handelsschifffahrt und im Automobilbau zu nennen, begleitet von ebenfalls deutlich gestiegenen Risiken in anderen zyklischen Branchen und einzelnen Ländern und Regionen. Verglichen mit 2008 haben sich im Geschäftsjahr 2009 weite Teile der Finanzindustrie - nicht zuletzt dank substanzieller staatlicher Unterstützung - stabilisiert. Dennoch sind in einigen Regionen weiterhin deutlich erhöhte Risiken erkennbar.

Die KfW Bankengruppe ist aufgrund ihres auch international ausgerichteten Förderauftrags von den oben beschriebenen Entwicklungen berührt und betreibt ein unverändert intensives Monitoring und Management ihrer Risiken. Alle erkennbaren Risiken werden nach konservativen Maßstäben bewertet. Die regelmäßig durchgeführten Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen, dass die KfW Bankengruppe die im Zusammenhang mit ihrem Geschäftsauftrag eingegangenen Risiken tragen kann.

Die KfW entwickelt ihre Prozesse im Risikomanagement und -controlling systematisch weiter. Im Fokus stehen dabei die konzernweiten Steuerungsprozesse (z. B. bei Wertpapieren, im Limitmanagement sowie bei Operationellen Risiken), der Ausbau und die verstärkte Integration von Stress- und Szenariorechnungen in die Risikosteuerung und der Ausbau eines zeitnahen, entscheidungsorientierten Reportings. Darüber hinaus sollen die Risikofrüherkennung im Beteiligungsrisikocontrolling sowie das Branchenmonitoring weiter ausgebaut werden. Basis dafür sind stabile und effiziente Prozesse und Instrumente. 2010 liegt daher ein Schwerpunkt in der Reduzierung von Komplexität und der Erhöhung der Stabilität der Instrumente sowie in der Vereinheitlichung der Prozesse zur Validierung und Weiterentwicklung. Daneben werden u. a. die Bewertungsverfahren für das Corporate- und Bankenrating sowie für die Sicherheitenanrechnung im Durchleitungsgeschäft überprüft bzw. weiterentwickelt.

#### Grundlagen und Ziele der Risikosteuerung

Der Konzern hat einen gesetzlich verankerten Förderauftrag, der seine besondere Stellung und seine institutionelle Ausgestaltung begründet. Nachhaltige Förderung ist der übergeordnete Unternehmenszweck des Konzerns. Um die vorhandenen Ressourcen optimal für die Realisierung des Förderauftrags einzusetzen, ist die Messung und Steuerung der eingegangenen Risiken von großer Bedeutung. Im Rahmen der Risikosteuerung strebt der Konzern an, Risiken nur in dem Umfang einzugehen, wie sie im Hinblick auf die aktuelle und zu erwartende Ertragslage sowie die wahrscheinlichen Risikoverläufe tragfähig erscheinen. Bei der Ertrags-/ Risikosteuerung wird den Besonderheiten einer Förderbank Rechnung getragen. Bankaufsichtsrechtliche Anforderungen, wie sie die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) formulieren, stellen für die Risikomanagementstrukturen und -prozesse des Konzerns wichtige Nebenbedingungen dar.

Um das Risikomanagement- und -controllingwissen in der Organisation der Bank zu verankern, schult der Konzern u. a. mit einem modularartig aufgebauten Programm zu Risikothemen. Dieses ermöglicht es Mitarbeitern und Führungskräften aus der gesamten KfW Bankengruppe, gezielt Orientierungswissen zu erwerben oder Spezialkenntnisse zu vertiefen.

#### Organisation der Risikosteuerung und -überwachung

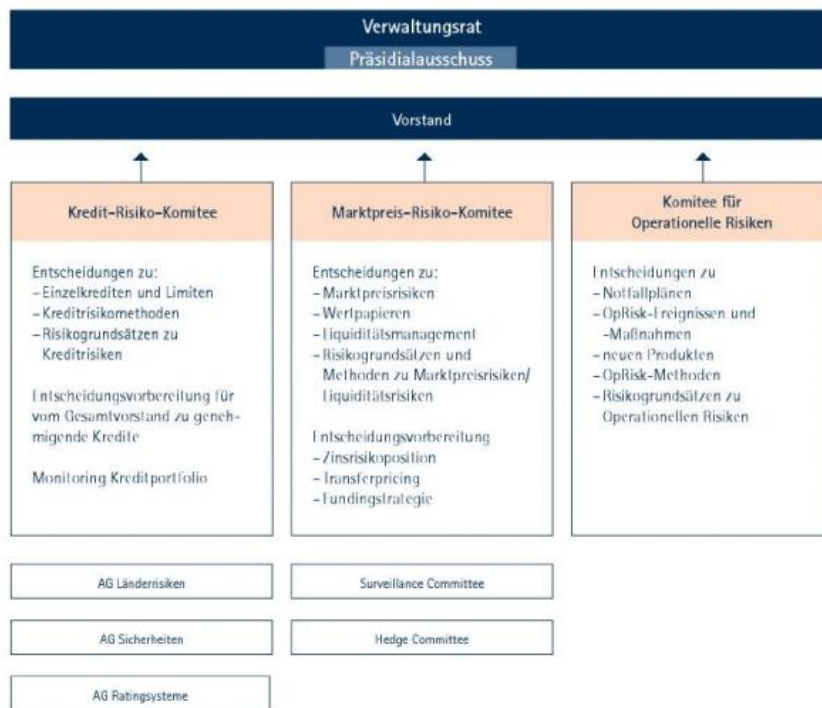
##### Gremienarchitektur und funktionelle Aspekte der Risikosteuerung

Der Vorstand der KfW bestimmt im Rahmen seiner Gesamtverantwortung die risikopolitischen Richtlinien und Grundsätze im Konzern. In einem mindestens vierteljährlichen Turnus werden die Aufsichtsorgane - Verwaltungsrat und Bundesministerium der Finanzen bzw. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, welche alternierend den Verwaltungsratsvorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter



stellen - über die Risikosituation des Konzerns informiert. Für besonders eilbedürftige Entscheidungen ist der Präsidialausschuss des Verwaltungsrats zuständig. Ob eine dringende Angelegenheit vorliegt, entscheidet der Vorsitzende des Verwaltungsrats.

Die Risikosteuerung im Konzern erfolgt durch eng miteinander verzahnte Entscheidungsgremien. Um die Aufbauorganisation weiter zu verbessern, wurde im Jahr 2009 die Gremienarchitektur neu strukturiert. An der Spitze der neuen Gremienarchitektur steht der Gesamtvorstand, der die zentralen risikopolitischen Entscheidungen trifft. Darüber hinaus erfolgt quartalsweise eine um Bereichsleiter erweiterte Vorstandssitzung, in der der Schwerpunkt auf Fragestellungen des Risikomanagements und der Rechnungslegung gelegt wird. Hierunter fallen insbesondere die Berichte zum Quartalsultimo, aber auch wesentliche Änderungen an dem konzernweit gültigen Risikohandbuch. Unterhalb des Gesamtvorstands wurden drei Risikokomitees (Kredit-Risiko-Komitee, Marktpreis-Risiko-Komitee und Komitee für Operationelle Risiken) eingerichtet, die Vorstandsentscheidungen vorbereiten und darüber hinaus im Rahmen festgelegter Kompetenzgrenzen eigenständig entscheiden. Weitere Arbeitsgruppen arbeiten den Komitees zu. In den Komitees hat die Marktfolge generell ein Vetorecht. Sofern keine einstimmige Entscheidung vorliegt, erfolgt ggf. eine Eskalation auf Gesamtvorstandsebene.



#### Kredit-Risiko-Komitee

Die Leitung des Kredit-Risiko-Komitees liegt beim Risikovorstand. Weitere Mitglieder des wöchentlich tagenden Kredit-Risiko-Komitees sind der Bereichsleiter Risikomanagement und -Controlling sowie zwei Marktvorstände. Dem Kredit-Risiko-Komitee arbeiten die Arbeitsgruppe (AG) Länderrisiken, die AG Sicherheiten und die AG Ratingsysteme zu. In den wöchentlichen Sitzungen werden insbesondere Kredit- und Limitentscheidungen getroffen. Quartalsweise erfolgt darüber hinaus eine um Vertreter der Geschäftsfelder, einiger Zentralbereiche und der Konzerntöchter erweiterte Sitzung. Die Interne Revision hat einen Gaststatus. In dieser quartalsweisen Sitzung werden wesentliche Änderungen und Neuentwürfe von Risikogrundsätzen und Kreditrisikomethoden verabschiedet. Darüber hinaus erfolgt ein Monitoring des konzernweiten Kreditportfolios.

#### Marktpreis-Risiko-Komitee

Die Leitung des monatlich tagenden Marktpreis-Risiko-Komitees liegt beim Risikovorstand. Daneben ist das Komitee mit dem Fachvorstand für Kapitalmarktaktivitäten sowie u.a. mit den Bereichsleitern Finanzdisposition und Mittelbeschaffung, Kreditverbriefung, Risikomanagement und -Controlling und Rechnungswesen besetzt. Das Marktpreis-Risiko-Komitee entscheidet über das Eingehen von Marktpreisrisiken, Bewertungsfragen zu Wertpapieren und Änderungen an den Marktpreisrisikomethoden, über Fragen zum Liquiditätsmanagement sowie über Risikogrundsätze zur Marktpreis- und Liquiditätsrisikosteuerung. Darüber hinaus erfolgt eine Entscheidungsvorbereitung für Gesamtvorstandsbeschlüsse zu Zinsrisikopositionen, Transferpricing und der Fundingstrategie. Dem Marktpreis-Risiko-Komitee unterstehen das Surveillance Committee, in dem die Bewertung von Wertpapieren behandelt wird, sowie das Hedge Committee, in dem hauptsächlich die Ergebnisauswirkungen aus der IFRS-Bilanzierung von Hedgegeschäften und deren Optimierung behandelt werden.

#### Komitee für Operationelle Risiken

Das quartalsweise tagende Komitee für Operationelle Risiken ist mit Bereichsleitern besetzt. Die Leitung liegt beim Bereichsleiter Risikomanagement und -controlling. Darüber hinaus sind zentrale Bereiche sowie Tochterunternehmen in dem Komitee vertreten. In diesem Komitee sollen Themen rund um Operationelle Risiken behandelt werden. Hierzu gehören neben dem Betrieblichen Kontinuitätsmanagement insbesondere die Messung und Auswertung von Operationellen Risiken inklusive Rechtsrisiken sowie entsprechende Regelungen im Risikohandbuch. Monatlich bzw. bei Bedarf ad hoc wird der Vorstand über Ereignisse im Bereich Operationeller Risiken informiert.

Unterhalb dieser Gremien existieren fünf Arbeitsgruppen bzw. Komitees, die an das Kredit-Risiko-Komitee oder das Marktpreis-Risiko-Komitee berichten und Entscheidungen vorbereiten:

#### AG Länderrisiken

Die AG Länderrisiken ist die zentrale Instanz für die Beurteilung von Länderrisiken. Der Arbeitsgruppe gehören die Volkswirte aus den Länderabteilungen der KfW Entwicklungsbank sowie Vertreter aus KfW IPEX-Bank, DEG und Transaktionsmanagement unter Vorsitz und Federführung des Risikomanagements an. Die Arbeitsgruppe tagt regelmäßig einmal im Quartal und bei Bedarf auch außerhalb der turnusmäßigen Termine. Aufgabe der AG Länderrisiken ist die Identifizierung, Analyse und Bewertung von politischen und wirtschaftlichen Risiken (und Chancen) in der Weltwirtschaft und insbesondere in den Ländern, in denen die KfW Bankengruppe geschäftlich aktiv ist oder Geschäftsaktivitäten plant. Vorschläge zur Risikoeinstufung für die Entwicklungs-, Transformations- sowie Schwellenländer werden von den Volkswirten und für die Industrieländer vom Risikomanagement gemacht. Als Ergebnis der Diskussionen in der AG Länderrisiken werden die Länder schließlich in Bonitätsklassen eingestuft. Bei Dissens entscheidet das Votum des Risikomanagements. Das Risikomanagement berichtet über die Ergebnisse der Sitzungen an das Kredit-Risiko-Komitee.

#### AG Sicherheiten

Die AG Sicherheiten stellt als zentrales, konzernweites Gremium der KfW und ihrer Tochtergesellschaften ein hinreichendes Verständnis und eine konzernweit einheitliche Vorgehensweise bzgl. aller wesentlichen Aspekte der Sicherheitenanrechnung und -bewertung sowie der Sicherheitenmanagementprozesse für Kredit- und Handelsgeschäfte und strukturierte Produkte sicher. Darüber hinaus werden Handlungsempfehlungen für (Weiter-)Entwicklungsmaßnahmen zur Billigung/Entscheidung durch das Management gegeben bzw. diese im Rahmen des definierten Kompetenzbereichs der AG Sicherheiten selbstständig getroffen. Sie setzt sich aus Vertretern diverser Geschäftsfelder und -bereiche zusammen. Zu den zentralen Funktionen der AG Sicherheiten gehören: Neu-/Weiterentwicklung und Überprüfung von Sicherheitenbewertungsverfahren, Überprüfung und Erweiterung der akzeptierten und anrechenbaren Sicherheiten und der zugehörigen Anrechnungskriterien, Festlegung und Überprüfung von Mindestanforderungen an die Sicherheitenmanagementprozesse sowie die Sicherheitenanrechnung und die Vorgabe der Rahmenbedingungen für die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben an Kreditrisikominderungsstechniken.

#### AG Ratingsysteme

Die AG Ratingsysteme stellt als zentrales, konzernweites Gremium der KfW und ihrer Tochterunternehmen ein hinreichendes Verständnis aller wesentlichen Aspekte der Kreditrisikomessinstrumente sicher. Dazu gehören insbesondere Ratingsysteme, Kreditportfoliomodelle, Risikokennzahlen (RKZ) und Limitmanagementsysteme (LMS). Zum Aufgabenspektrum der AG gehören die Beurteilung und Abnahme von Validierungs- und Weiterentwicklungsberichten sowie die Ableitung von Handlungsempfehlungen für die (Weiter-)Entwicklung der Kreditrisikomessinstrumente.

#### Surveillance Committee

Das Surveillance Committee ist integraler Bestandteil des Surveillance- und Impairmentprozesses für Wertpapiere und strukturierte Kreditprodukte und untersteht dem Marktpreis-Risiko-Komitee. Eine wesentliche Aufgabe des Surveillance Committees ist die Empfehlung von bilanziellen Wertansätzen für die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzierenden Wertpapiere und strukturierten Kreditprodukte, d. h. für Positionen der Bewertungskategorien Kredite und Forderungen, bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (gemäß IFRS) sowie Positionen des Anlagevermögens (gemäß HGB). Die Wertansatzempfehlungen werden dem Marktpreis-Risiko-Komitee zur Entscheidung vorgelegt.

Dem Surveillance Committee gehören Vertreter der Marktfolgeabteilungen (Risikomanagement und -controlling, Transaktionsmanagement sowie Rechnungswesen) sowie Vertreter der zuständigen Marktabteilungen an.

#### Hedge Committee

Die ökonomische Steuerung der Marktpreisrisiken der KfW erfolgt durch das Marktpreis-Risiko-Komitee. Aus diesbezüglichen Steuerungsmaßnahmen können sich rein bilanziell bedingte Bewertungs-/Ergebnisschwankungen ergeben, soweit Instrumente eingesetzt werden, die nach IFRS zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind. Dies gilt bei der KfW insbesondere für den Einsatz von Derivaten. Ziel des Hedge Committees ist es, die bilanzielle Abbildung dieser nach IFRS zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente entsprechend der ökonomischen Zielsetzung des Einsatzes von Derivaten in der KfW zu analysieren und unter Beachtung der einschlägigen IFRS-Vorschriften zu verbessern.

In der gruppenweit angelegten Risikosteuerung nehmen Konzernunternehmen und Organisationseinheiten darüber hinaus eigene Steuerungsfunktionen wahr. Konzernweite Projekte und Arbeitsgruppen stellen jedoch auch in diesen Fällen ein aufeinander abgestimmtes Verhalten sicher, z. B. beim Roll-out von Ratinginstrumenten auf Tochterunternehmen oder beim Management und bei der Bewertung von Sicherheiten.

Die Verantwortung für die Entwicklung und Qualität der Risikosteuerung und -überwachung ist außerhalb der Marktbereiche angesiedelt und liegt im Bereich Risikomanagement und -controlling. Hierfür wurde ein umfangreiches Risikohandbuch aufgebaut, das beständig weiterentwickelt wird. Die im Risikohandbuch aufgeführten Regelungen haben konzernweit verbindlichen Charakter und sind für alle Mitarbeiter zugänglich. Im Zentrum stehen dabei die zu beachtenden Risikogrundsätze (normative Regeln für Kreditprozesse und Risikomanagementprozesse) und Portfoliorichtlinien (z. B. Geschäftsrestriktionen, Besicherungsanforderungen). Im Jahr 2009 konnte eine grundlegende Überarbeitung der Anforderungen an das Beteiligungscontrolling sowie der internen Sicherungsmechanismen im Zahlungsverkehr abgeschlossen werden. Daneben ergaben sich wesentliche Änderungen bei den Anforderungen zur Steuerung von Bankenrisiken. Die Risikogrundsätze und Portfoliorichtlinien bilden den Rahmen für die operative Geschäftstätigkeit aller Geschäftsfelder. Das Risikohandbuch sorgt dafür, dass einheitliche Verfahren zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung von Risiken zur Anwendung kommen. Darüber hinaus werden konzernweite Regelungen durch geschäftsfeldspezifische Ausgestaltungen ergänzt. Diese werden durch den Bereich Risikomanagement und -controlling auf Konformität mit den konzernweiten Regelungen überprüft.

#### Risikomanagement

Zentrale Aufgabe des Risikomanagements ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit unter Berücksichtigung der definierten Risikobereitschaft der Bank. Hierfür formuliert das Risikomanagement die Risikostrategie des Konzerns unter Einbeziehung des Risikomanagements der maßgeblichen Tochtergesellschaften und verantwortet auch deren regelmäßige Überprüfung. Die Risikostrategie legt - aufbauend auf der geschäftspolitischen Ausgangssituation - allgemeine risikopolitische Grundsätze und konkrete risikopolitische Maßnahmen im Einklang mit der Geschäftsstrategie fest. Der Umsetzung der Risikostrategie dienen dabei verschiedene Instrumente zur Steuerung von Kredit-, Marktpreis- und Operationellen Risiken. Darüber hinaus werden einzeladress- bzw. portfoliobezogene Instrumente zur Risikosteuerung eingesetzt: Risikoleitplanken für Gefährdungspotenziale, Kapitalallokation,

Zweitvotierung für Kreditentscheidungen, ein Limitmanagementsystem, Portfoliorichtlinien und Frühwarnsysteme. Zur Verhinderung großer Einzelverluste und zur Beschränkung von Risikokonzentrationen im Kreditportfolio werden Konzentrationslimite auf verschiedenen Portfolioschnitten (u. a. Kreditnehmereinheiten, Länder, Branchen) eingesetzt. Bei Bedarf kann in Abhängigkeit von der Marktsituation auch ein Risikotransfer an den Kapitalmarkt erfolgen (z. B. durch Kreditderivate).

In der KfW wird die Zweitvotierung im Sinne von Marktfolgeentscheidungen auf Einzelengagementebene durch das Konzern-Risikomanagement erstellt. Die KfW IPEX-Bank und DEG verfügen über ein eigenes, marktunabhängiges Zweitvotum. Die relevanten Geschäftsentscheidungsprozesse sind risikoorientiert ausgestaltet. Die Notwendigkeit einer Zweitvotierung ergibt sich aus der Art, dem Umfang (materieller Risikogehalt und Wirkung auf die Gesamtrisikoposition) sowie der Komplexität einer Transaktion. Organisatorisch wurde das Risikomanagement 2009 neu aufgestellt und personell verstärkt. Zur Fokussierung des spezifischen Know-hows wurde das Risikomanagement für die beiden Kundengruppen "Finanzinstitute" sowie "Unternehmen und Beteiligungen" separiert und in parallele Risikomanagement-Abteilungen gegliedert.

#### Risikomanagement Kreditbetreuung

Zum 1. April 2009 wurde die Abteilung Risikomanagement Kreditbetreuung als eigenständige Abteilung im Risikomanagement angesiedelt.

Die Abteilung ist für leistungsgestörte Kredite und die Intensivbetreuung von Banken und großen Unternehmen aus dem KfW-Portfolio zuständig. Eine Einschaltung mit Übernahme der Gesamtverantwortung und weitgehender Kompetenzen erfolgt bei ersten Krisenanzeichen. Zielsetzung ist die Gesundung des Engagements durch Restrukturierung, Reorganisation und Kreditanpassung. Erweist sich der Geschäftspartner als nicht sanierungsfähig oder -würdig, steht die optimale Verwertung des Engagements und seiner Sicherheiten im Vordergrund. Für eine klare Regelung der Kompetenz und Zuordnung bestehen interne Schnittstellenregelungen mit den relevanten Bereichen sowie eine enge Kooperation mit den Markt Bereichen und der Rechtsabteilung.

Bei Auftreten eines Krisenfalls im Bereich Banken gilt es, intern und extern sofort handlungsfähig zu sein, hierfür wurde der Krisenplan Banken weiterentwickelt. Er sieht im Wesentlichen vor, dass unter Leitung des Risikomanagements eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, eine sofortige Schadensanalyse vorgenommen wird und die nächsten notwendigen Schritte einleitet werden.

#### Risikocontrolling

Aufgabe der Abteilung Risikocontrolling sind die zentrale Messung und das Reporting aller Risiken/Risikogruppen sowie die Analyse der Risikotragfähigkeit des Konzerns. Dabei werden konzernweit einheitliche Methoden und Modelle operativ eingesetzt. Zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit des Konzerns werden auch Stresstests und Szenariorechnungen eingesetzt. Diese Rechnungen quantifizieren den in einzelnen Szenarien steigenden Kapitalbedarf und mögliche Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung und damit auch auf die Risikodeckungsmasse bzw. auf die Eigenkapitalausstattung der Bank.

Die Abteilung ist in den Qualitätsmanagementprozess der für das Risikomanagement und -controlling verwendeten Risikokennzahlen eingebunden und betreut die für das Reporting eingesetzten Informationssysteme aus fachlicher Sicht. Im Bereich des Operationellen Risikos und des Betrieblichen Kontinuitätsmanagements ist die Abteilung für die Ausgestaltung von hausweit gültigen Rahmenwerken und Richtlinien verantwortlich und unterstützt die Bereiche bei der Umsetzung dieser Vorgaben.

Das Risikoreporting erfolgt entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Der Vorstand wird monatlich über die Risikolage des Konzerns informiert. Die Aufsichtsgremien des Konzerns erhalten quartalsweise einen Risikobericht.

#### Risikomethoden, Instrumente und Prozessmanagement

Die Abteilung "Risikomethoden, Instrumente und Prozessmanagement" ist für die Bereitstellung geeigneter Methoden und Instrumente zur konzernweiten Risikoanalyse und -steuerung verantwortlich. Die Gestaltung einer langfristig tragfähigen und konsistenten Methoden- und Instrumentenstrategie für das Risikomanagement und -controlling wird durch regelmäßige Validierungen und (Weiter-)Entwicklungen der Modelle und Methoden vervollständigt. Dabei stehen insbesondere Modelle zur Messung, Steuerung und Bepreisung von Kreditrisiken im Fokus. Daneben übernimmt die Abteilung auch die Koordination und das Projektmanagement für die fachliche Umsetzung der Anforderungen an Instrumente und DV-Systeme des Risikomanagements und -controllings. Außerdem koordiniert sie die Formulierung und Entwicklung konzernweiter Risikogrundsätze sowie des Prozesshandbuchs im Bereich Risikomanagement und -controlling.

#### Interne Revision

Als Instrument des Vorstands arbeitet die Interne Revision weisungsfrei als prozessunabhängige Instanz. Sie prüft risikoorientiert grundsätzlich alle Prozesse und Aktivitäten der KfW und berichtet direkt an den Vorstand.

Den Prüfungsturnus für die einzelnen Prüfungsfelder leitet die Interne Revision aus einer jährlichen Risikobeurteilung der Prüfungsfelder ab. Dabei wird auch der Ökonomische Kapitalbedarf der zu prüfenden Geschäfte berücksichtigt.

Neben dem Fördergeschäft (einschließlich des KfW-Sonderprogramms) waren auch 2009 die Verfahren und Methoden zum Risikomanagement Prüfungsschwerpunkte. Bei der Prüfung des Risikomanagements standen insbesondere die Weiterentwicklung der Risikomanagementprozesse und die Validierungen der internen Ratingsysteme im Fokus.

Wesentliche Projekte hat die Interne Revision unter Wahrung der Unabhängigkeit begleitet, insbesondere die Vorhaben zur Weiterentwicklung der DV-Systeme. Wie in den Vorjahren hat die Interne Revision auch im Geschäftsjahr 2009 durch Teilnahme (Gaststatus) an Sitzungen von Entscheidungsgremien die Weiterentwicklung von Risikomessverfahren verfolgt.

Die Interne Revision der KfW ist gleichzeitig Konzernrevision in der KfW Bankengruppe. Sie bezieht die Internen Revisionen der Tochtergesellschaften in die konzernweite Revisionsberichterstattung ein.

#### Internes Kontrollsystem

Unter prozessualen Gesichtspunkten wird eine Minimierung des Fehlerrisikos im Einzel- und Konzernabschluss durch ein rechnungslegungsbezogenes Internes Kontrollsystem gewährleistet. Die Jahresabschlussaussagen bezüglich der Existenz, der Vollständigkeit, der Richtigkeit sowie der Bewertung und des Ausweises werden durch interne Kontrollbestätigungen belegt. Die

Aufstellung und Strukturierung der einzelnen Kontrollpunkte in den Prozessen Markt, Abwicklung und Bilanzierung richten sich nach fest definierten Themengebieten, die von der Geschäftserfassung bis hin zur externen Berichterstattung eine vollständige Kette der rechnungslegungsbezogenen Schritte aufweisen. Der Kontrollprozess von der Kontrolldurchführung über die Kontrollbestätigung bis hin zum täglichen Tracking verläuft in einem automatisierten Verfahren. Im Zeitraum der Jahresabschlusserstellung erfolgt ein zeitnahes und entscheidungsorientiertes Reporting. Die etablierten Prozesse bieten genügend Handlungsspielraum, um Neuerungen sowohl fachlicher als auch technisch-prozessualer Art adäquat begegnen und so weiterhin die hohe Qualität des Jahresabschlusses gewährleisten zu können. Der Prüfungsausschuss wurde über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben unterrichtet.

#### Der Risikosteuerungsansatz des Konzerns



Die Grafik oben veranschaulicht den Risikosteuerungsprozess in der KfW Bankengruppe. Die Risikosteuerung im Konzern dient einem zentralen Ziel: dem Erhalt der Risikotragfähigkeit.

#### Regulatorische Risikotragfähigkeit

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen	2009	2008
	Mio. EUR	Mio. EUR
Risikoposition	129.386	139.712
Kernkapital	12.223	10.860
Anrechenbare Eigenmittel	15.195	14.141
Kernkapitalquote	9,4%	7,8%
Gesamtkennziffer	11,7%	10,1%

Die Kennziffer "Risikoposition" ergibt sich aus der mit dem Faktor 12,5 multiplizierten Summe der Anrechnungsbeträge für Adressrisiken, Marktrisiken sowie Operationelle Risiken.

Die KfW unterliegt nicht den Vorschriften der §§ 10 bzw. 10 a KWG. Für interne Zwecke erfolgt eine freiwillige Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalquoten auf Basis der wesentlichen rechtlichen Vorschriften. Für große Teile des Kreditportfolios werden zur Berechnung der Risikoposition eigene Ratingverfahren verwendet (fortgeschrittener IRB-Ansatz).

Die aufsichtsrechtliche Gesamtkennziffer der KfW Bankengruppe per 31. Dezember 2009 beträgt unter Berücksichtigung des Konzernergebnisses 11,7 % (Vorjahr: 10,1 %). Die Kernkapitalquote beläuft sich auf 9,4 % (Vorjahr: 7,8 %). Der signifikante Anstieg der regulatorischen Kennziffern ist sowohl auf die erhöhten Eigenmittel als auch die gesunkene Risikoposition zurückzuführen. Während sich bei den Eigenmitteln das gute Jahresergebnis niederschlägt, führt die erstmalige Berücksichtigung der Ausgleichspflicht des Bundes bei den Platzhaltergeschäften zu einer deutlichen Entlastung auf Seiten der Risikoposition.

#### Ökonomische Risikotragfähigkeit

Für die Risikotragfähigkeitsanalyse im Rahmen der Internen Steuerung müssen die Risiken gemessen und der Risikodeckungsmasse gegenübergestellt werden. Verlustrisiken werden mit Hilfe zweier zentraler Risikogrößen - des Erwarteten Verlusts und des Ökonomischen Kapitalbedarfs zur Abdeckung Unerwarteter Verluste - gemessen.

Der Erwartete Verlust bezeichnet Verluste, die im langjährigen statistischen Durchschnitt erwartet werden. Sie werden u. a. für das Pricing kalkuliert. Erwartete Verluste sind definiert als das Produkt aus

- der Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kreditnehmers (Probability of Default, PD),
- der erwarteten Höhe des ausstehenden Darlehens zum Zeitpunkt eines potenziellen Ausfalls (Exposure at Default, EAD) und
- der (erwarteten) Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD).

Die Ausfallwahrscheinlichkeit wird für jeden Kreditnehmer mit Hilfe von Ratingverfahren geschätzt. Das zentrale Ergebnis der Ratingverfahren ist eine Aussage, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Geschäftspartner in den nächsten zwölf Monaten seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommen kann. Für die Schätzung der Verlustquote sind insbesondere Sicherheiten zu bewerten. Erwartete Verluste werden nicht mit Kapital unterlegt, da sie im Mittel (Versicherungsprinzip) durch die Risikomargen ausgeglichen werden.

Das mit Kapital zu unterlegende Risikopotenzial wird durch das Risikocontrolling mit Hilfe statistischer Modelle quantifiziert. Für Kreditrisiken wird das Verlustpotenzial unter Verwendung eines Kreditportfoliomodells und des Risikomaßes Credit-Value-at-Risk berechnet. Die Differenz zwischen Credit-Value-at-Risk und Erwartetem Verlust wird als Ökonomischer Kapitalbedarf bezeichnet.

In Bezug auf die Marktpreisrisiken geht der Konzern ähnlich vor. Auch hier wird unter Verwendung statistischer Modelle ein Value-at-Risk berechnet. Für Marktpreisrisiken stellt der Value-at-Risk gleichzeitig den Ökonomischen Kapitalbedarf dar.

Für beide Risikoarten beträgt der dabei verwendete Prognosezeitraum ein Jahr. Der Kapitalbedarf für Kredit- und Marktpreisrisiken wird unter Beachtung von Diversifikationseffekten aggregiert. Der Kapitalbedarf für Operationelle Risiken wird unter Verwendung des aufsichtsrechtlichen Standardansatzes gemäß der Solvabilitätsverordnung berechnet.

Zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit wird der erforderlichen Kapitalunterlegung<sup>1)</sup> (Ökonomischer Kapitalbedarf) die ökonomische Risikodeckungsmasse (Verfügbare finanzielle Ressourcen, VfR) gegenübergestellt. Die Definition der Verfügbaren finanziellen Ressourcen weicht von der bilanziellen und regulatorischen Eigenmitteldefinition ab, da in den Verfügbaren finanziellen Ressourcen Teile der Rücklagen nicht angerechnet werden. Im Unterschied zur bilanziellen Eigenmitteldefinition werden zudem keine Portfoliowertberichtigungen in Abzug gebracht.

Auf dieser Grundlage ist zum 31. Dezember 2009 die ökonomische Risikotragfähigkeit zu einem Solvenzniveau von 99,96 % gegeben. Dies bedeutet, dass der Gesamtkapitalbedarf durch die Verfügbaren finanziellen Ressourcen gedeckt ist. Die Überdeckung der Verfügbaren finanziellen Ressourcen über den Gesamtkapitalbedarf (per 31. Dezember 2009: 461 Mio. EUR) hat sich gegenüber dem Vorjahr (286 Mio. EUR) verbessert.

Der Konzern berücksichtigt bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit einen nach konservativen Maßstäben ermittelten potenziellen Kapitalmehrbedarf für Stressszenarien. Dazu wird auf mehrere alternative Sensitivitäts- und Szenarioanalysen zurückgegriffen. Für die Kreditrisiken wird ein den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechender pauschaler Stresstest durchgeführt, der einer portfolioübergreifend wirkenden weiteren graduellen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage entspricht.

<sup>1)</sup> Der Konzern unterlegt das Liquiditätsrisiko derzeit nicht mit Risikokapital, da es sich nicht um ein passivisch abzudeckendes Verlustrisiko, sondern um ein aktivisch abzudeckendes Zahlungsrisiko handelt.

Daneben wurden mit einem dem aktuellen Umfeld angepassten Szenario-Stresstest mögliche Nachwirkungen der Rezession des Jahres 2009 auf die Risikotragfähigkeit und die Ertragslage analysiert. Hierzu wurden Branchen und Regionen identifiziert, in denen Kreditnehmer besonders von den Folgen der Rezession betroffen sind. Für diese wurden eine weitere erhebliche Verschlechterung der Kreditqualität sowie ein deutlicher Anstieg der Kreditausfälle angenommen und es wurde der zusätzliche Ökonomische Kapitalbedarf sowie die zusätzlichen Wertberichtigungen simuliert. Zusätzlich wurde in verschiedenen Szenarien die Wirkung von Stress auf die Marktpreisrisiken untersucht. Diese Risiken, wie z. B. ein Szenario eines starken Zinssatzanstiegs, wirken primär ergebnismindernd. Auf Grundlage der durchgeführten Analysen geht die KfW unter Stressannahmen von einem zusätzlichen Kapitalbedarf in Höhe von 3,1 Mrd. EUR aus. Dieser wird durch den ungebundenen Teil der Verfügbaren finanziellen Ressourcen sowie durch weitere Eigenkapitalbestandteile und Nachrangkapital abgedeckt. Unter Einbezug dieser Mittel ist selbst unter ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen die Risikotragfähigkeit auch auf einem Solvenzniveau von 99,99% gewährleistet.

#### Ökonomische Risikotragfähigkeit zum 31.12.2009

in Mio. EUR



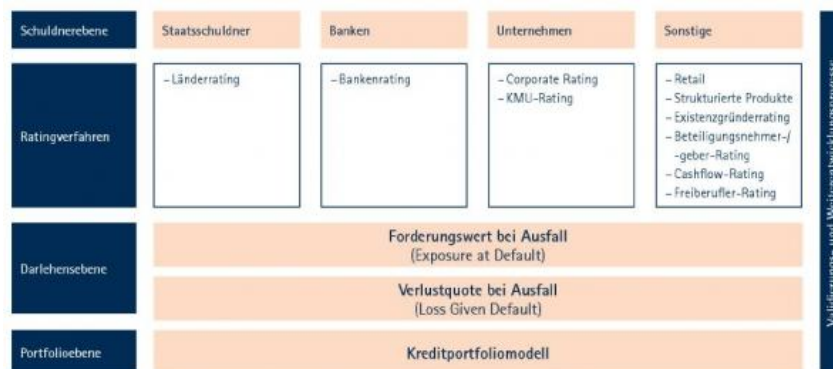
Den Liquiditäts- und sonstigen Risiken begegnet der Konzern durch das Monitoring geeigneter Kennzahlen sowie durch regelmäßige Kontrollschritte in den bankbetrieblichen Prozessabläufen.

Die Risikomessung basiert auf State-of-the-Art-Modellen der Bankenpraxis. Jedes Modell stellt jedoch eine Vereinfachung der komplexen Realität dar und baut auf der Annahme auf, dass die in der Vergangenheit beobachteten Risikoparameter auch repräsentativ für die Zukunft geschätzt sind. Nicht alle möglichen Einflussfaktoren und deren komplexe Interaktionen können hinsichtlich der Risikoentwicklung eines Portfolios erfasst und modelliert werden. Unter anderem auch deshalb führt der Konzern sowohl in den Kredit- als auch den Marktrisikomodellen Stresstests durch. Der Konzern arbeitet kontinuierlich an der Weiterentwicklung seiner Risikomodelle und -prozesse.

#### Risikoarten

##### Adressenausfallrisiko

Der Konzern geht Adressenausfallrisiken<sup>2)</sup> im Rahmen seines Förderauftrages ein. Im inländischen Förderkreditgeschäft liegen die Risikoschwerpunkte im Bereich der Finanzierung von Gründern von mittelständischen Unternehmen und von Beteiligungen. Darüber hinaus übernimmt der Konzern Risiken im Rahmen seiner Export- und Projektfinanzierung sowie in der Förderung der Entwicklungs- und Transformationsländer.



Die Bewertung des Adressenausfallrisikos erfolgt über die Schätzung von Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, PD), dem Forderungswert bei Ausfall (Exposure at Default, EAD) und der (erwarteten) Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD).

Zur Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet der Konzern interne Ratingverfahren für Banken, Unternehmen (Corporates), kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), Beteiligungsgeber, Existenzgründer und Länder. Diese Verfahren basieren auf Scorecards und folgen einer einheitlichen, konsistenten Modellarchitektur. Für Projektfinanzierungen wird ein Cashflow-basiertes Ratingverfahren herangezogen. Die Ratingverfahren haben die Prognose von Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten zum Ziel. Die Verantwortung für die Raterstellung im risikorelevanten Geschäft liegt grundsätzlich in den Marktfolgebereichen. Das Rating wird mindestens einmal jährlich aktualisiert, außer bei Geschäftspartnern, mit denen ausschließlich ein Retailgeschäft besteht.

<sup>2)</sup> Als Adressenausfallrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten definiert, die eintreten, wenn der Kreditnehmer bzw. Kontrahent seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Das Ausfallrisiko enthält auch das Länderrisiko, bestehend aus Transfer-, Konvertierungs- und politischen Risiken.

Durch die Abbildung der Ausfallwahrscheinlichkeiten auf eine konzernweit einheitliche Masterskala ist die Vergleichbarkeit von Ratings verschiedener Verfahren und Geschäftsfelder gegeben. Die Masterskala besteht aus 20 unterschiedlichen Klassen, die sich in die vier Gruppen Investment Grade, Non-Investment Grade, Watch-List und Default zusammenfassen lassen. Für jede Masterskala-Klasse sind die Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie die mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit festgelegt.

Zu jedem Ratingverfahren existieren Organisationsanweisungen, die insbesondere die Zuständigkeiten, Kompetenzen sowie die Kontrollmechanismen regeln. Eine Vergleichbarkeit von internen Ratings des Konzerns und externen Ratings von Ratingagenturen wird durch ein Mapping der externen Ratings auf die KfW-Masterskala gewährleistet. Durch eine turnusgemäße Validierung und Weiterentwicklung der Ratingverfahren wird sichergestellt, dass auf veränderte Rahmenbedingungen zeitnah reagiert werden kann. Ziel ist es, bei allen Ratingverfahren kontinuierlich die Trennschärfe zu optimieren. Ratinginstrumente und Prozesse entsprechen weitgehend den Mindestanforderungen der geltenden Aufsichtsstandards (MaRisk/Basel II).

Wesentlichen Einfluss auf die Ausfallhöhe nimmt neben dem Forderungswert bei Ausfall die Bewertung der Sicherheiten, die risikomindernd in der Verlustquote bei Ausfall angerechnet werden. Im Rahmen der Sicherheitenbewertung für anrechenbare Sicherheiten wird der zu erwartende Nettoerlös einer Sicherheitenverwertung im Schadensfall über die gesamte Kreditlaufzeit geschätzt. Hierbei werden Sicherheitsabschläge berücksichtigt, die bei persönlichen Sicherheiten auf der Ausfallwahrscheinlichkeit und der Verlustquote des Sicherheitengebers basieren. Bei dinglichen Sicherheiten sind neben Marktpreisschwankungen vor allem abschreibungsbedingte Wertverluste für die Abschläge verantwortlich. Der ermittelte Wert ist wichtiger Bestandteil der konzerninternen Verlustschätzung (LGD). Die unterschiedlichen Bewertungsverfahren für einzelne Sicherheitentypen basieren je nach Datenverfügbarkeit auf internen und externen historischen Daten sowie auf Expertenschätzungen. Die Bewertungsparameter werden regelmäßig überprüft. Auf Ebene der einzelnen Sicherheiten ist damit eine verlässliche Bewertung der Sicherheitenlage gewährleistet. Ein Risikogrundsatz für Kreditsicherheiten regelt deren gruppenweit einheitliches Management, deren Bewertung und Anrechnung.

Zur Begrenzung von Risiken aus dem Neugeschäft verfügt der Konzern über verschiedene Portfoliorichtlinien. Sie bilden sowohl eine Grundlage für die Zweitotierung von Kreditgeschäften als auch eine Orientierungshilfe für die Kreditvergabe und haben die Aufgabe, eine angemessene Qualität bzw. Risikostruktur des Konzernportfolios sicherzustellen.<sup>3)</sup> Differenziert nach Adresstypen und Produktvarianten definieren sie Bedingungen, unter denen Geschäfte im Regelfall eingegangen werden dürfen.

Im Kreditbestand werden Engagements mit höheren Risiken unterteilt in eine "Watch-List" und eine Liste für Kredite mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing Loans). Die Watch-List dient dazu, potenzielle Problemkredite frühzeitig zu identifizieren und ggf. die Problemkreditbearbeitung vorzubereiten. Hierfür steht das Umfeld des jeweiligen Kreditnehmers unter besonderer Beobachtung. Dabei werden die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die überlassenen Sicherheiten regelmäßig überprüft und dokumentiert sowie Handlungsvorschläge formuliert. Für Non-Performing Loans liegt die Prozessverantwortung in den für Restrukturierungen zuständigen Einheiten. Dies garantiert ein frühzeitiges Einschalten von Spezialisten, um ein professionelles Problemkreditmanagement zu gewährleisten.

<sup>3)</sup> Dabei wird den Besonderheiten unseres Fördergeschäfts Rechnung getragen.

## Risikovororge

Allen erkennbaren Ausfallrisiken des Kreditgeschäfts -dazu gehören auch politische Risiken bei Finanzierungen im Ausland - trägt der Konzern durch Bildung von Risikovororge in angemessenem Ausmaß Rechnung. Für Engagements mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing Loans) werden Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen für noch nicht ausgezahlte Teilbeträge gebildet. Basis für die Identifikation dieser Ereignisse sind Kriterien, die sowohl den Anforderungen nach Basel II als auch IFRS genügen. Hierzu gehören u. a. die Identifizierung erheblicher finanzieller Schwierigkeiten des Schuldners, Zahlungsrückstände, Zugeständnisse an den Schuldner

aufgrund dessen wirtschaftlicher Situation, z. B. im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen, auffällige Maßnahmen des Schuldners zur Liquiditätssteigerung sowie die maßgebliche Verschlechterung der Werthaltigkeit von Sicherheiten. Diese Kriterien werden im Risikohandbuch des Konzerns noch weiter konkretisiert. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen erfolgt mit Hilfe eines Impairment-Verfahrens. In die Berechnung der Einzelwertberichtigungen fließt die individuelle Beurteilung des Kreditnehmers hinsichtlich zukünftiger Zahlungen ein. Dabei wird neben dem Umfang und der Werthaltigkeit der Sicherheiten auch das politische Risiko berücksichtigt. Für kleinere und standardisierte Kredite erfolgt eine pauschalierte Einzelwertberichtigung auf Basis homogener Teilportfolios.

Die Risikovorsorge für latente Risiken (Portfoliowertberichtigung) wird abgeleitet aus der Bewertung der Kreditforderungen im Rahmen der jährlich stattfindenden Ratingprozesse und Sicherheitenbewertungen. Die Portfoliowertberichtigung wird sowohl für wirtschaftliche als auch für politische Risiken gebildet. Basis ist hierfür das oben beschriebene Erwarteter-Verlust-Modell, das für IFRS-Zwecke bereinigt wird. Für Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale werden nach demselben Berechnungsschema Rückstellungen gebildet.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise hat die KfW besonders kritische Branchen und Länder identifiziert und die Auswirkungen auf das Kreditportfolio analysiert. Vorsorge für diese Risiken wurde in Form von weiteren Portfoliowertberichtigungen getroffen.

#### Maximales Ausfallrisiko

Das maximale Ausfallrisiko aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.36 besteht für den Konzern im Totalausfall der jeweiligen Risikopositionen. Hierbei sind ebenfalls die Eventualverbindlichkeiten und die Unwiderruflichen Kreditzusagen zu berücksichtigen. Die Buchwerte sind bereits um die Risikovorsorge gekürzt.

Zahlungsrückstände ergaben sich zum Bilanzstichtag nur bei den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Finanzanlagen, individuelle Wertminderungen darüber hinaus noch bei den Eventualverbindlichkeiten und Unwiderruflichen Kreditzusagen.

#### Maximales Ausfallrisiko

Angaben in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Wertanpassungen aus Macro Hedging	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko	241.139	222.935	92.892	97.366	6.751	5.451
Risikovorsorge	420	526	6.484	7.077	0	0
Buchwert weder überfällig noch wertgemindert	240.823	222.454	90.551	94.797	6.751	5.451
Davon mit (im Berichtsjahr) nachverhandelten Konditionen <sup>1)</sup>	0	0	2.165	0	0	0

	Derivate im Hedge Accounting, Sonstige Derivate				Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	2009	2008	Finanzanlagen		2009	2008
			2009	2008		
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko	19.645	21.737	36.709	44.228	57.889	41.673
Risikovorsorge	0	0	4	2	355	255
Buchwert weder überfällig noch wertgemindert	19.645	21.737	36.469	43.826	57.848	41.612
Davon mit (im Berichtsjahr) nachverhandelten Konditionen <sup>1)</sup>	0	0	2	0	0	0

<sup>1)</sup> Betrifft Finanzinstrumente, die ohne Konditionsnachverhandlungen überfällig oder wertgemindert wären.

#### Überfällige und nicht individuell wertgeminderte Finanzinstrumente

Angaben in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Buchwert weniger als 90 Tage überfällig	115	274	439	810	1	0
Buchwert 90 Tage und mehr überfällig	21	25	318	261	0	0

#### Individuell wertgeminderte Finanzinstrumente

Angaben in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Buchwert	172	183	1.584	1.497	239	402
Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen	282	393	5.421	6.151	0	0

	Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	2009	2008
Buchwert	41	60
Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen	278	180

Im Geschäftsjahr 2009 sind von 455 Mrd. EUR (Vorjahr: 433 Mrd. EUR) ausstehenden Finanzinstrumenten des Konzerns 2,0 Mrd. EUR (netto, nach Abzug der Risikovorsorge, Vorjahr: 2,1 Mrd. EUR) als individuell wertgemindert eingestuft. Die potenziellen Ausfälle sind vorsichtig bewertet und insgesamt mit 6,0 Mrd. EUR (Vorjahr: 6,7 Mrd. EUR) wertmindernd berücksichtigt. Darin enthalten ist die Vorsorge für die Risiken aus den verschiedenen Maßnahmen zur Rettung der IKB i. H. v. 4,2 Mrd. EUR (Vorjahr: 5,2 Mrd. EUR).

Neben der Vorsorge für akute Ausfallrisiken trifft der Konzern auch für latente Ausfallrisiken (wirtschaftliche und politische Risiken) Vorsorge. Per 31. Dezember 2009 ergibt sich für das nicht individuell wertgeminderte Geschäft eine Risikovorsorge von insgesamt 1,3 Mrd. EUR (Vorjahr: 1,1 Mrd. EUR). Die Kredite aus dem Konzernportfolio sind im Durchschnitt zu 47,5 % (Vorjahr: 46,9 %) besichert<sup>4)</sup>. Dabei entfällt der weitaus größte Teil der Besicherung (32 %, bezogen auf die Gesamtposition) auf abgetretene Endkreditnehmerforderungen im Rahmen des bankdurchgeleiteten Geschäfts. Rund 8 % (Vorjahr: 6 %) der ausstehenden Finanzinstrumente sind mit Garantien der Bundesrepublik Deutschland bzw. einzelner Bundesländer besichert.

Das hohe Exposure der Derivate mit positiven Marktwerten relativiert sich durch die mit den Kontrahenten getroffenen Nettingabreden. Diese umfassen auch Derivate mit negativen Marktwerten sowie Besicherungsvereinbarungen und verringern das Kontrahentenrisiko substantiell.

Der starke Rückgang bei den Finanzanlagen resultiert aus der Umsetzung der neuen Wertpapierstrategie der KfW. Hierbei steht der Erwerb von Wertpapieren zur Liquiditätssicherung im Vordergrund. In diesem Zusammenhang wurde der für diesen Zweck nicht passende Wertpapierbestand abgebaut und stattdessen wurden vermehrt Pensionsgeschäfte (Reverse-Repos) eingegangen.

Im Berichtsjahr ist ein Anstieg der Unwiderruflichen Kreditzusagen um rund 15 Mrd. EUR zu verzeichnen. Dieser resultiert vor allem aus dem starken Neugeschäft im inländischen Fördergeschäft.

Im Berichtsjahr hat der Konzern im Rahmen einer Konsortialfinanzierung einen zuvor als Sicherheit gehaltenen Vermögenswert im Gegenwert von anteilig 2,7 Mio. EUR in Besitz genommen. Dieser Vermögenswert soll im ersten Halbjahr 2010 veräußert werden.

<sup>4)</sup> Hier werden die Sicherheiten so dargestellt, wie sie auch für die Interne Steuerung angerechnet werden. Dies bedeutet, dass vom beizulegenden Zeitwert der einzelnen Sicherheiten noch weitere Wertabschläge sowie Partizipationswirkungen der Sicherheiten untereinander Berücksichtigung finden, um den Ausweis von Doppelbesicherungen zu vermeiden.

#### Portfoliostruktur

Das Zusammenwirken der Risikoeigenschaften der Einzelengagements im Konzern-Kreditportfolio wird mit Hilfe eines internen Portfoliomodells beurteilt. Die Bündelung großer Portfolioanteile auf einzelne Kreditnehmer oder Kreditnehmergruppen birgt das Risiko existenzgefährdender Großausfälle. Das Risikocontrolling bewertet - basierend auf dem ökonomischen Kapitalkonzept - Einzel-, Branchen- und Länderrisikokonzentrationen. Die Konzentrationen werden primär über die Bindung des Ökonomischen Kapitals gemessen. So ist sichergestellt, dass hohe Volumina, ungünstige Ausfallwahrscheinlichkeiten und unvorteilhafte Korrelationen der Risiken untereinander Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für die Steuerung des Kreditportfolios und fließen in ein Limitmanagementsystem zur Begrenzung von Konzentrationsrisiken ein. Basierend auf dem Limitmanagementsystem werden Konzentrationslimite festgelegt, die bestandsgefährdende Verluste vermeiden. Die jeweilige Limithöhe wird daher aus der Risikotragfähigkeit des Konzerns abgeleitet. Die Konzentrationslimite stellen für die Adressrisikosteuerung einen Rahmen dar.

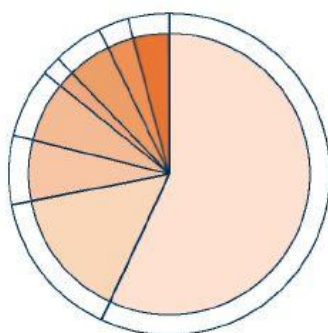
#### Regionen

Das Kreditportfolio<sup>5)</sup> des Konzerns entfällt per 31. Dezember 2009 gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf zu 72% (Vorjahr: 74%) auf die Eurozone. Der leichte Rückgang innerhalb der Eurozone ist im Wesentlichen auf die geringere Kapitalbindung der deutschen Finanzindustrie zurückzuführen.

#### Ökonomischer Kapitalbedarf, verteilt auf Regionen

2009





	2009	2008
Deutschland	57 %	59 %
Länder der Eurozone (ohne Deutschland)	15 %	15 %
EU-Länder außerhalb der Eurozone	7 %	7 %
Europa außerhalb der EU	7 %	7 %
Afrika	2 %	1 %
Asien (inkl. Australien und Neuseeland)	5 %	4 %
Lateinamerika	3 %	4 %
Nordamerika	4 %	3 %

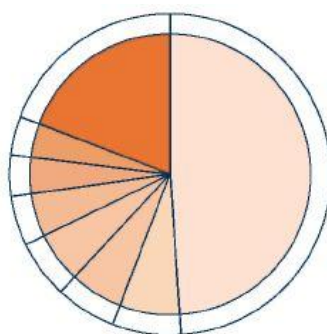
<sup>5)</sup> Das Kreditportfolio enthält hier den Bestand an Krediten und Finanzanlagen.

#### Branchen

Der hohe Anteil der Finanzindustrie am Gesamtkapitalbedarf für Kreditrisiken ist auf den Förderauftrag des Konzerns zurückzuführen. Der weit überwiegende Teil unserer inländischen Förderung erfolgt über bankdurchgeleitete Kredite. Die Kapitalbindung der Finanzindustrie hat sich im Berichtsjahr deutlich reduziert und bindet zum 31. Dezember 2009 noch 49% des gesamten Kapitals für das Kreditportfolio (Vorjahr: 63%). Der Rückgang in der Finanzindustrie ist vor allem auf ein verringertes Geldhandelsportfolio zurückzuführen. Im Berichtsjahr wurde die Branchenzuordnung aktualisiert. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Daten zum Vergleichsstichtag entsprechend angepasst.

#### Ökonomischer Kapitalbedarf, verteilt auf Branchen

2009



	2009	2008
Finanzindustrie	49 %	63 %
Öffentliche Haushalte	7 %	4 %
Private Haushalte/Retail	6 %	0 %
Beteiligungsgesellschaften	6 %	6 %
Schifffahrt	5 %	4 %
Rohstoffe	4 %	3 %
Luftfahrt	4 %	3 %
Sonstige	19 %	17 %

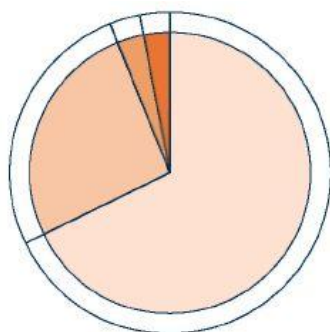
#### Bonität

Da die Bonität die Höhe des Ökonomischen Kapitalbedarfs stark beeinflusst, ist es bei der Analyse der Bonitätsstruktur sinnvoll, die Verteilung des Netto-Exposures nach Bonitätsklassen zu betrachten. Gemessen am Netto-Exposure entfallen 68% (Vorjahr: 70%) unseres Portfolios auf Kontrahenten aus dem Investment-Grade-Bereich (nach interner Bewertung).

Dieser leichte Rückgang ist zu großen Teilen auf das verringerte Wertpapierportfolio zurückzuführen. 3% des Netto-Exposures (Vorjahr: 2%) sind als schadensfällig/schadensverdächtig eingestuft. Dieser Anstieg resultiert zu großen Teilen aus den Entwicklungen in der Schifffahrtsindustrie. Das Konzern-Kreditportfolio verfügt trotz der negativen Ratingentwicklungen über eine gute Bonitätsstruktur.

#### Bonitätsstruktur nach Netto-Exposure

2009



	2009	2008
Investment Grade (M1-M8)	68 %	70 %
Non-Investment Grade (M9-M15)	26 %	24 %
Watch-List (M16-M18)	3 %	4 %
Default (M19-M20)	3 %	2 %

#### Strukturierte Produkte im Konzern-Portfolio

Gemäß den Empfehlungen des Financial Stability Boards (FSB) stellt der Konzern in diesem Abschnitt sein Portfolio an strukturierten Produkten, unterschieden nach Asset Backed Securities (ABS) und Plattformverbriefungen (PROMISE, PROVIDE), gesondert dar.

#### Asset Backed Securities

Neben den ABS-Papieren im Eigenbestand besitzt der Konzern weitere ABS-Investments in Spezialfonds, die jedoch sukzessive zurückgefahren werden. Der Nominalwert der Wertpapiere beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2009 5,9 Mrd. EUR. Unter Berücksichtigung der Mark-to-Market-Bewertung für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Papiere sowie gebildete Wertberichtigungen beläuft sich der Bilanzwert des Portfolios auf 5,2 Mrd. EUR. In den nachfolgenden Übersichten ist die Zusammensetzung des ABS-Portfolios nach Asset-Klassen, Ratingeinstufung und geografischer Verteilung der Forderungen in den Verbriefungsportfolios dargestellt.

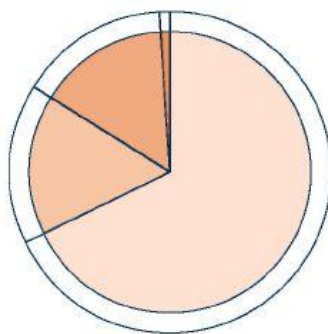
#### Darstellung des Exposures auf Basis von Nominalwerten

31.12.2009

	CLO	RMBS	CDO	CMBS	ABS & Sonstige	Gesamt 2009
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Investment Grade	2.016	1.463	81	486	469	4.515
Non-Investment Grade	419	23	114	2	2	560
Watch-List	66	58	259	55	-	439
Default	96	28	242	-	16	382
	2.597	1.571	697	544	487	5.896
						Gesamt 2008
						Mio. EUR
Investment Grade						5.528
Non-Investment Grade						379
Watch-List						1.552
Default						746
						8.205

#### Geografische Verteilung des Assetpools (gemessen am Nominalwert)

2009



	2009	2008
Europa	68%	64%
Nordamerika	16%	11%
Weltweit	15%	24%
Asien	1%	1%
Afrika	0%	0%

Das Portfoliovolumen ist gegenüber dem 31. Dezember 2008 aufgrund zahlreicher Verkäufe sowie Tilgungen deutlich zurückgegangen (-2,3 Mrd. EUR nominal). Infolge der Verkäufe verändert sich auch die Ratingstruktur des Portfolios positiv. Die Reduktion des Watch-List-Bestandes resultiert aus den Verkäufen und Ratingmigrationen. Der Anteil der Wertpapiere mit Default-Status sinkt durch Verkäufe und Abwicklungen von Transaktionen. Der regionale Schwerpunkt des ABS-Portfolios liegt weiterhin in Europa.

Der Konzern trägt außerdem über die Risikoabschirmungsmaßnahmen zugunsten der IKB indirekt weitere Risiken aus strukturierten Wertpapieren. Zum einen ist die KfW in Liquiditätslinien der IKB zur Refinanzierung der Ankaufsgesellschaften des Conduits Rhineland Funding Capital Corporation eingetreten. Unter Berücksichtigung von Tilgungen und Verlustrealisierungen verbleiben zum 31. Dezember 2009 Forderungen in Höhe von 4,5 Mrd. EUR gegenüber den Ankaufsgesellschaften, die zu 91% wertberichtet sind. Zum anderen wurde eine Beteiligung der KfW an der Refinanzierung eines Portfolios weiterer strukturierter Wertpapiere der IKB, die in eine Zweckgesellschaft eingebracht wurden, in Form von Darlehen vereinbart, deren Rückzahlung vorrangig erfolgt.

Die Forderung aus den Darlehen beläuft sich zum 31. Dezember 2009 unter Berücksichtigung von Tilgungen auf 0,3 Mrd. EUR.

#### Plattformverbriefungen

Über die Verbriefungsplattform PROMISE können Kreditinstitute synthetisch Kreditrisiken aus Mittelstandskreditportfolios in den Kapitalmarkt transferieren. Mit dem Verbriefungsprogramm PROVIDE, das auf die Verbriefung von privaten Wohnungsbaukrediten abzielt, ergänzt die KfW ihr Förderinstrumentarium. Die Verbriefung von Wohnungsbaukrediten und die Verbriefung von Mittelstandskrediten machen zum Stichtag 31. Dezember 2009 jeweils die Hälfte des Engagementbestandes aus. Per 31. Dezember 2009 belief sich das Verbriefungsvolumen über die Plattformen auf insgesamt 27,5 Mrd. EUR. Davon sind 26,4 Mrd. EUR über Credit Default Swaps bzw. Credit Linked-Schuldscheine besichert. Mit den verbleibenden 1,1 Mrd. EUR hat der Konzern Risiken aus Senior-Tranchen einbehalten. Der Rückgang des Verbriefungsvolumens (-16,8 Mrd. EUR) resultiert vornehmlich aus der Nutzung der Kündigungsoptionen der Originatoren-Banken. Aufgrund der schwierigen Verhältnisse auf dem Verbriefungsmarkt wurde im vergangenen Jahr 2009 zudem kaum Neugeschäft getätigt.

Das Risiko im Plattformgeschäft wird maßgeblich durch die Qualität der verbrieften Portfolios beeinflusst. Die Risikostruktur ist in den zugrunde liegenden Kreditportfolios weiterhin stabil. Für alle Senior-Tranchen ist die planmäßige Absicherung gegeben. Unmittelbare Verlusterwartungen ergeben sich für die KfW derzeit nicht.

#### Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken resultieren primär aus potenziellen Verlusten, die aufgrund von Änderungen

- der Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken),
- der Wechselkurse (Währungsrisiken) und
- der sonstigen Marktpreise (z. B. Aktienkurse, Rohwarenpreise)

entstehen können. Die KfW und ihre Tochtergesellschaften sind keine Handelsbuchinstitute; ihre Marktpreisrisiken beschränken sich daher auf das Anlagebuch.

#### Zinsänderungsrisiken

Die wesentliche Markttrisikokomponente im KfW-Konzern ist das Zinsänderungsrisiko. Der Konzern geht begrenzte Zinsänderungsrisiken unter Nutzung von Ertragschancen ein. Zinsänderungsrisiken ergeben sich auch durch die besondere Ausgestaltung des inländischen Förderkreditgeschäfts mit den Möglichkeiten zur außerplanmäßigen Kreditrückzahlung. Der Konzern berücksichtigt dies in der Risikosteuerung, indem er das geschätzte Volumen künftig zufließender außerplanmäßiger Tilgungen in seine Refinanzierungsstrategie einbezieht.

Im Rahmen der Erfassung von Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs verwendet der Konzern eine Standardsoftware, an die alle bewertungsrelevanten Datenbestände angebunden sind. Mit Hilfe der Standardsoftware werden jeweils aktuelle Zinsbindungsbilanzen

(EUR, USD und GBP) ermittelt. Auf dieser Grundlage führt der Konzern zur Bewertung seiner Zinsrisikoposition regelmäßig Value-at-Risk-Berechnungen durch. Das angewandte simulationsbasierte Verfahren - welches zum Stichtag 31. Dezember 2009 wesentlich überarbeitet worden ist - beruht auf einem Zwei-Faktor-Cox-Ingersoll-Ross-Modell, mit dem die Verlustverteilung der Zinsrisikoposition im Konzern bei möglichen eintretenden Marktzinsänderungen und einer angenommenen Haltedauer von drei Monaten geschätzt wird. Beide im Modell verwendeten Faktoren sind nicht direkt beobachtbar und repräsentieren die zwei Haupteinflussgrößen auf Zinsbewegungen. Die Modellparameter bestimmen die Form der simulierten Zinskurven in Abhängigkeit von den Werten der zwei Faktoren, die Volatilität der zwei Faktoren und deren "Rückzugskraft" zum längerfristigen Durchschnitt ("Mean Reversion"). Die Schätzung der Parameter erfolgt auf historischen Zeitreihen täglicher Zinskurven seit 1990. Die Risikoberechnung erfolgt anhand einer Monte-Carlo-Simulation. Wesentlich optionale Bestandteile des Geschäfts (z. B. Darlehen mit Kündigungsrechten) werden im Cashflow der KfW berücksichtigt.

Der Ökonomische Kapitalbedarf wird - analog zum Kreditrisiko - für einen Zeitraum von einem Jahr ermittelt. Ergänzt wird diese Berechnung durch regelmäßige Stresstests, durch die mögliche Verluste bei extremen standardisierten Marktbedingungen geschätzt werden. Hierbei werden neben einer aufsichtsrechtlich vorgegebenen parallelen Verschiebung der Zinsstrukturkurve Szenarien wie die Drehung der Zinsstrukturkurve und die Verlängerung der Haltedauer einbezogen.

#### Währungsrisiken

Fremdwährungskredite werden grundsätzlich in gleicher Währung refinanziert oder über entsprechende Währungssicherungsinstrumente abgesichert. Dies gilt auch für gebildete Einzelwertberichtigungen, für die entsprechende Ersatzaktiva beschafft werden. Offene Währungspositionen, die durch den Zufluss von Margen oder durch Wertberichtigungen entstehen, werden hierbei grundsätzlich zeitnah geschlossen.

Risiken aus zum Bilanzierungsstichtag bestehenden offenen Währungspositionen werden über einen Varianz-Kovarianz-Ansatz in Form eines Value-at-Risk mit einer Haltedauer von drei Monaten gemessen. Die benötigten Parameter (Volatilität der Wechselkurse sowie der Erwartungswert der Veränderungen der Wechselkurse) werden aus Vergangenheitsdaten geschätzt.

#### Sonstige Marktpreisrisiken

Die sonstigen Marktpreisrisiken umfassen zum einen Aktienkursrisiken aus Beteiligungen. Zum anderen umfassen sie Rohwarenpreisrisiken aus CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, die der Konzern im eigenen Bestand hält. Risiken aus CO<sub>2</sub>-Zertifikaten entstehen, da der Konzern sich entschlossen hat, als Intermediär zwischen Verkäufern und Käufern von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten aufzutreten. Hierbei werden Zertifikate auch im eigenen Bestand gehalten. Die sonstigen Marktpreisrisiken werden über Varianz-Kovarianz-Ansätze gemessen.

Die angenommene Haltedauer bei der Risikomessung beträgt wie bei allen anderen Marktpreisrisikoarten drei Monate, der Kapitalisierungszeitraum ein Jahr. Alle benötigten Parameter (Volatilität der Kurse sowie der Erwartungswert der Veränderungen der Kurse) werden aus historischen Daten ermittelt. Die Historien zur Schätzung der Modellparameter für CO<sub>2</sub>-Zertifikate bestehen aus täglichen Kursen seit Anfang 2005 und die für Aktienkursrisiken aus monatlichen Kursen seit 2001.

Auf Basis der Bewertung und Analyse der Zins- und Währungsposition, der sonstigen Marktpreisrisiken sowie der Stresstests für Zinsänderungsrisiken steuert das Marktpreis-Risiko-Komitee die Marktpreisrisiken. Ziel hierbei ist die langfristig ausgerichtete Steuerung einer angemessenen Marktrisikoposition der Bank. Die hierbei verfolgte Strategie wird jährlich im Rahmen der Konzerngeschäftsfeldplanung festgelegt. Diese Strategie wird mit Hilfe eines Limitsystems für alle Marktpreisrisiken überwacht.

Für den Abschluss, die Abwicklung und die Abrechnung von Handelsgeschäften im Sinne der MaRisk gelten vom Vorstand erlassene Rahmenbedingungen, die dem Marktstandard entsprechen.

Insgesamt binden die Marktpreisrisiken im Konzern per 31. Dezember 2009 Ökonomisches Kapital in Höhe von 1.678 Mio. EUR. Diese Position setzt sich zusammen aus folgenden Einzelrisiken:

#### Ökonomischer Kapitalbedarf für Marktpreisrisiken

	31.12.2009	31.12.2008
	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsänderungsrisiken	1.048	919
Währungsrisiken	44	26
Sonstige Marktpreisrisiken	142	141
Barwertschwankung der Eigenkapitalanlage	444	316
Marktpreisrisiko	1.678	1.402

Die Zinsänderungsrisiken sind zum Stichtag 31. Dezember 2009 angestiegen. Hauptursache hierfür sind durchgeführte methodische Veränderungen des Zinsstrukturmodells. Diese führen tendenziell zu konservativeren Risikoeinschätzungen.

Zum 31. Dezember 2009 bestand eine offene bilanzielle Währungsposition, die jedoch kurz nach dem Bilanzstichtag geschlossen worden ist. Bedeutendste Währung hierbei ist wie in den Vorjahren der USD. Das Ökonomische Kapital für Währungsrisiken liegt zum Stichtag bei 44 Mio. EUR.

Bei den sonstigen Marktpreisrisiken ist im Vergleich zum Vorjahr das Ökonomische Kapital mit 142 Mio. EUR nahezu unverändert.

#### Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko eines Unternehmens, fällige Zahlungen nicht zeitgerecht leisten zu können. Es wird zwischen dem Instituts-Liquiditätsrisiko (Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können) und dem Markt-Liquiditätsrisiko (Risiko, benötigte Zahlungsmittel nur zu höheren Kosten als dem risikoadäquaten Zinssatz besorgen zu können) unterschieden.

Primäres Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Konzerns, d. h. der KfW einschließlich ihrer Tochtergesellschaften. Zwar sind die Töchter für ihre Liquiditätssicherung, -steuerung und die Einhaltung bestehender aufsichtsrechtlicher Vorgaben selbst verantwortlich. Jedoch steht die KfW als Abschlusspartner für sämtliche Handelsgeschäfte ihrer Tochtergesellschaften und insbesondere deren Refinanzierung zur Verfügung. Aus diesem Grund sind die Liquiditätsanforderungen der Töchter sowohl in der Refinanzierungsplanung des Konzerns als auch im Liquiditätssicherungskonzept enthalten.

Die Liquiditätsrisikomessung erfolgt auf Basis der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsrisikokennzahl, des Ausnutzungsgrads gemäß KfW-Gesetz sowie ökonomischer Szenarioanalysen.

Die Liquiditätsrisikosteuerung basiert auf Szenariorechnungen. In diesem Ansatz werden zunächst die erwarteten Zahlungseingänge und Zahlungsausgänge für die nächsten zwölf Monate auf Basis des bereits kontrahierten Geschäfts als Ausgangspunkt betrachtet. Dieser Basis-Cashflow wird um geplante und geschätzte Zahlungen (z. B. Kapitalmarktaufnahmen, liquiditätswirksame erwartete Kreditausfälle oder geplantes Neugeschäft) erweitert. Das Resultat stellt eine Übersicht über die benötigte Liquidität der KfW in den nächsten zwölf Monaten dar. Die benötigte Liquidität wird für insgesamt drei Szenarien berechnet: "Normal Case", "Stress Case" und "Worst Case", wobei schwerpunktmäßig die geplanten und geschätzten Zahlungen variiert werden.

Parallel wird die vorhandene Liquidität bestimmt. Diese besteht im Wesentlichen aus dem EZB-Sicherheiten-Konto der KfW, aktivischen Repos, Liquiditätsportfolios und dem am Markt regelmäßig platzierbaren Volumen an Commercial Papers. Die vorhandene Liquidität wird analog den anderen Cashflow-Komponenten in den Szenarien "Stress Case" und "Worst Case" gestresst.

Für jedes Szenario wird das Verhältnis von der kumulierten benötigten Liquidität zu der kumulierten vorhandenen Liquidität berechnet. Diese Kennzahl darf den Wert 1 in allen Szenarien für unterschiedliche Zeiträume nicht überschreiten. Im "Normal Case" beträgt der vorgegebene Zeithorizont zwölf Monate, im "Stress Case" sechs Monate und im "Worst Case" drei Monate.

Die Ermittlung der Kennzahlen sowie das Reporting an das Marktpreis-Risiko-Komitee erfolgen monatlich. Folgende Tabelle zeigt die Risikokennzahlen für die unterschiedlichen Szenarien per 31. Dezember 2009:

#### Liquiditätsrisikokennzahlen der KfW per 31.12.2009

	Kennzahl
Normal Case	0,20
Stress Case	0,43
Worst Case	0,55

Da die Kennzahl in allen drei Szenarien einschließlich des extrem konservativen "Worst Case" deutlich unter 1 liegt, stellt sich die Liquiditätsposition der KfW aktuell als komfortabel dar.

Die nachfolgende Tabelle stellt die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen (Kapitalrückzahlungen und Zinsverpflichtungen) des KfW-Konzerns aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern dar.

#### Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern

	31.12.2009 <sup>1)</sup>					Summe Mio. EUR
	Bis 1 Monat	1-3 Monate	3-12 Monate	1-5 Jahre	Über 5 Jahre	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	7.893	2.924	2.006	15.672	21.026	49.521
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	8.559	7.605	40.138	178.190	132.984	367.476
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	-225	-519	942	-9	-12.051	-11.863
darunter: Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	25.409	26.881	69.370	347.303	282.940	751.903
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	146	494	3.415	4.055
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	16.227	10.009	43.231	194.347	145.374	409.109
Eventualverbindlichkeiten	7.529	0	0	0	0	7.529
Unwiderrufliche Kreditzusagen	50.360	0	0	0	0	50.360
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	57.889	0	0	0	0	57.889
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	74.116	10.009	43.231	194.347	145.374	467.079

<sup>1)</sup> Die Nettoverpflichtungen aus Derivaten umfassen Zahlungsverpflichtungen, saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten; die Bruttozahlungsverpflichtungen sind als Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen. Für die Unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

#### Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern

31.12.2008<sup>1)</sup>

	Bis 1 Monat	1-3 Monate	3-12 Monate	1-5 Jahre	Über 5 Jahre	Summe Mio. EUR
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	6.505	4.126	4.230	19.097	22.764	56.723
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	9.006	5.187	39.136	159.613	128.218	341.160
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	-390	969	3.140	4.273	-20.313	-12.321
darunter: Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	25.598	26.688	82.662	310.885	274.133	719.967
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	146	539	3.516	4.201
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	15.120	10.283	46.652	183.522	134.185	389.763
Eventualverbindlichkeiten	6.283	0	0	0	0	6.283
Unwiderrufliche Kreditzusagen	35.390	0	0	0	0	35.390
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	41.673	0	0	0	0	41.673
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	56.794	10.283	46.652	183.522	134.185	431.436

<sup>1)</sup> Die Nettoverpflichtungen aus Derivaten umfassen Zahlungsverpflichtungen, saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten; die Bruttozahlungsverpflichtungen sind als Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen. Für die Unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanzmarktkrise waren die Rahmenbedingungen für die Refinanzierungsaktivitäten der KfW im Jahr 2009 herausfordernd. Auch große Emittenten mit bester Bonität wie die KfW konnten sich den zum Teil turbulenten Marktentwicklungen nicht entziehen. In der hochvolatilen Phase im ersten Halbjahr 2009 musste die KfW deshalb deutlich schlechtere Refinanzierungskonditionen für langfristige Mittel in Kauf nehmen. Im weiteren Jahresverlauf beruhigten sich die Märkte, wovon auch die KfW profitierte. Zum Jahresende 2009 konnte die KfW langfristige Refinanzierungskonditionen erzielen, die wieder deutlich näher an ihrem historischen Durchschnittswert lagen. Unter diesen herausfordernden Marktbedingungen hat die KfW 2009 rund 420 Anleihen begeben und damit wie geplant langfristige Mittel im Gegenwert von knapp 75 Mrd. EUR aufgenommen. Dies entspricht nahezu dem Vorjahreswert. In der kurzfristigen Refinanzierung, d. h. am Geldmarkt, konnte die KfW von der verhaltenen Risikobereitschaft vieler Investoren profitieren. Das hat die Nachfrage nach sicheren Geldanlagen auf hohem Niveau gehalten. Dadurch gelang es der KfW, 2009 über den Geldmarkt sehr attraktive Refinanzierungskonditionen zu erzielen und das Volumen in ihren Commercial-Paper-Programmen leicht unter dem Rekordvolumen des Vorjahres zu stabilisieren. Für das kommende Jahr geht die KfW von einem unveränderten langfristigen Refinanzierungsbedarf in Höhe von 70 bis 75 Mrd. EUR aus.

#### Operationelle und sonstige Risiken

Im KfW-Konzern sind die Operationellen Risiken als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten, definiert. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken.

Das Controlling Operationeller Risiken sowie das Betriebliche Kontinuitätsmanagement sind zentral im Bereich Risikomanagement und -controlling angesiedelt und unterstützen die Risikosteuerung. Das Management Operationeller Risiken erfolgt dezentral in den Bereichen und Tochtergesellschaften.

Im Konzern werden Operationelle Risiken gemäß der Definition der Solvabilitätsverordnung im Rahmen eines ganzheitlichen Steuerungsansatzes in die ökonomische Steuerung integriert. Die Steuerung basiert auf einer Schadensfallsammlung, OpRisk-Assessments sowie einer Maßnahmenerhebung und -überwachung.

Die Quantifizierung Operationeller Risiken sowie die Ermittlung der Kapitalbindung erfolgen gemäß dem regulatorischen Standardansatz nach der Solvabilitätsverordnung. Die qualitativen aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Solvabilitätsverordnung und der MaRisk werden durch die implementierten Methoden im Risikomanagementprozess erfüllt. Im Rahmen der Schadensfallsammlung wurden die Definitionen zur Sammlung von Ereignissen erweitert und präzisiert. Darüber hinaus wurden die OpRisk-Assessments prototypisch entlang von Prozessketten durchgeführt und werden 2010 quantitativ ausgestaltet. Die aus diesen OpRisk-Instrumenten resultierenden Maßnahmen werden erfasst und überwacht. Zur Unterstützung der Risikobewertung werden erste Indikatoren gesammelt und analysiert.

Den Kern des Managementreportings bildet eine aktuell monatliche Berichterstattung an den Vorstand der KfW. Auf der operativen Ebene werden die Betriebsrisiken im Konzern durch ein Internes Kontrollsystem begrenzt. Das EDV-Instrumentarium wird permanent weiterentwickelt, die Geschäftsprozesse werden analysiert und optimiert. Für Risiken, die aufgrund nicht vorhersehbarer Ereignisse eintreten können, existieren angemessene Notfallkonzepte (Ausfall EDV-Systeme, Gebäude und Personal) sowie ein ausreichender Versicherungsschutz (Feuer- und Wasserschäden u. Ä.).

Dem Rechtsrisiko begegnet der Konzern durch die frühzeitige Einbindung der eigenen Rechtsabteilung sowie durch die enge Zusammenarbeit mit externen in- und ausländischen Rechtsberatern. Verträge dürfen nur auf Grundlage eindeutiger und korrekt dokumentierter Vereinbarungen abgeschlossen werden. Für die gängigen Geschäfte gibt es überdies Standardverträge (z. B. ISDA-Verträge).

Im Rahmen des Betrieblichen Kontinuitätsmanagements hat die KfW eine zentrale sowie eine dezentrale Notfallorganisation implementiert. Diese setzt sich aus dem Notfall- sowie dem Krisenstab zusammen. Für alle kritischen Prozesse des Konzerns existieren Notfallpläne, die entsprechend getestet werden. Darüber hinaus sind weitere Notfallarbeitsplätze für die hochprioritären Prozesse in ausreichender Entfernung geschaffen worden. Zusätzlich wurden Krisen-, Notfall- und Alarmierungsprozesse definiert. Für den Alarmierungsprozess wurde bereits eine EDV-technische Umsetzung implementiert.

## Prognosebericht

Die Lage der Weltwirtschaft hat sich im Verlauf des Jahres 2009 stabilisiert. Die fiskalpolitischen Stimuli und die expansive Ausrichtung der Geldpolitik werden die weltwirtschaftliche Erholung bis weit in das Jahr 2010 hinein stützen. Insbesondere in den asiatischen Schwellenländern ist mit einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung zu rechnen. In den Industrieländern dürften die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten ebenfalls weiter anziehen, das Vorkrisenniveau aber vorerst nicht erreichen. Das Refinanzierungsumfeld bleibt durch die anhaltend schwierige Lage der Banken belastet. Diese dürften sich nicht zuletzt aufgrund steigender Kreditausfälle einem weiterhin hohen Kapital- und Abschreibungsbedarf gegenübersehen. Hinzu kommen gestiegene regulatorische Anforderungen an die Struktur und Höhe der Kapitalisierung von Banken infolge der Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise. Auch in anderen Bereichen besteht erheblicher struktureller Anpassungsbedarf. In einigen Ländern müssen nach dem Platzen der Immobilienblase die Kapazitäten in der Bauindustrie und die hohen Verschuldungsquoten im Privatsektor zurückgeführt werden, wodurch das Wachstumspotenzial gedämpft wird. Die in vielen Industrieländern vorerst wohl weiter merklich steigenden Arbeitslosenquoten sind ein zusätzlicher konjunktureller Hemmschuh. Weitere Rückschläge sind durch die anhaltend hohe Unsicherheit an den Finanzmärkten und mögliche Verzögerungen beim Abbau der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu erwarten. Die Fiskalpolitik der westlichen Industrieländer - insbesondere der europäischen - ist infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise von massiven Defiziten der Staatshaushalte geprägt. In der Konsequenz ist in zahlreichen Ländern die Staatsverschuldung massiv gestiegen. Alles in allem erwartet die KfW, dass sich die seit dem Frühsommer 2009 in Gang gekommene weltwirtschaftliche Erholung fortsetzen, das Expansionstempo aber verhalten bleiben wird und die Risiken für eine nachhaltige Erholung immer noch sehr groß sind.

Auch die deutsche Wirtschaftsentwicklung dürfte 2010 und 2011 aufwärtsgerichtet sein, das Vorkrisenniveau des Jahres 2008 wird das reale Bruttoinlandsprodukt aber innerhalb dieses Zeitraums noch nicht wieder erreichen. Die konjunkturelle Grunddynamik ist dabei voraussichtlich eher schwach, da mittelfristig zahlreiche dämpfende Faktoren wohl dominieren. So verhindert insbesondere die weiterhin sehr hohe Unterauslastung der Produktionskapazitäten eine dynamische Investitionstätigkeit der Unternehmen und lässt zugleich einen spürbaren Zuwachs der bisher nur moderat gestiegenen Arbeitslosigkeit befürchten. Dies dürfte den privaten Konsum gerade in einem Zeitraum belasten, in dem die bislang noch starken geldpolitischen und fiskalischen Impulse allmählich abzubauen beginnen. Besonders ab 2011 steigt der Druck, die krisenbedingt deutlich gestiegenen Staatsdefizite zurückzuführen. Außerdem fehlt mit dem US-amerikanischen Konsum ein wesentlicher globaler Wachstumstreiber der vergangenen Jahre, da die hoch verschuldeten privaten Haushalte in den USA dem Schuldenabbau noch auf Jahre hinaus eine sehr hohe Priorität beimessen dürften. Hierdurch entsteht anhaltender Druck auf die noch auf absehbare Zeit unterausgelasteten globalen Produktionskapazitäten und damit auch - direkt und indirekt - auf den deutschen Export, der neben hochwertigen Konsumgütern schwerpunktmäßig Investitionsgüter für den Aufbau des weltweiten Kapitalstocks umfasst. Deshalb steht infrage, ob Deutschland künftig in vergleichbarem Ausmaß wie vor der Krise auf starke Wachstumsbeiträge aus dem Außenhandel bauen kann. Zudem sind mögliche Friktionen im Kreditangebot aufgrund der wirtschaftlichen Belastungen inländischer Banken, der regulatorischen Anforderungen an das Bankensystem sowie der Konsolidierung des Bankensystems als potenzieller konjunktureller Belastungsfaktor zu beachten.

Die Konjunkturprognosen stehen nach Einschätzung der KfW aufgrund der noch nicht vollständig ausgestandenen Finanzmarktkrise und der Unsicherheit über das künftige globale Wachstumsmodell weiterhin unter einem stark erhöhten Risiko.

Risikoseitig ist insgesamt weiterhin von spürbaren Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf das KfW-Kreditportfolio auszugehen. Trotz des verhaltenen Wirtschaftsaufschwungs ist mit weiteren Ratingverschlechterungen und Ausfällen im Unternehmenssektor zu rechnen. Insbesondere in den einzelnen von der Krise besonders betroffenen Branchen, wie z. B. Schifffahrt und Luftfahrt, geht die KfW von erhöhten Risiken aus. Die KfW hat auf die erhöhten Gefährdungspotenziale mit entsprechenden Neugeschäftsrestriktionen bzw. erhöhten Besicherungsanforderungen für risikoseitig kritische Länder bzw. Branchen reagiert. Weiter hat die KfW bei der Dotierung ihrer Vorsorge im Kreditgeschäft die Risiken aus der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise für die kritischen Segmente berücksichtigt.

Die Finanzindustrie wird 2010 weiterhin mit den Folgen der Finanzmarktkrise zu kämpfen haben. Dabei verlagert sich der Problemfokus zunehmend auf das Kreditgeschäft der Banken. Infolge der wirtschaftlichen Rezession ist hier von steigenden Abschreibungen und damit von signifikanten Belastungen für die Ertragslage auszugehen. Während die systemrelevanten Großbanken der Industrienationen in Westeuropa und Nordamerika diese Belastungen weitestgehend verkraften können und im Zweifel auch von staatlichen Stützungsmaßnahmen profitieren, werden die ausschließlich regional agierenden Banken und die Spezialbanken (vor allem Hypothekenbanken) wahrscheinlich stärker unter den steigenden Ausfallproblemen leiden. Auch 2010 könnten in einzelnen Segmenten krisenhafte Szenarien entstehen. Außerdem sind weitere Insolvenzen im Finanzsektor nicht ausgeschlossen.

Ein wesentlicher Faktor für die schwerste Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren war das Platzen der Immobilienblasen in einigen Industrieländern. Vor allem die Immobilienmärkte in den USA, Großbritannien und Spanien, aber inzwischen auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten sind hiervon betroffen. Sehr wahrscheinlich wird sich die bereits 2009 sichtbare Verschlechterung im gewerblichen Immobiliensektor 2010 fortsetzen. Die Auswirkungen auf die Finanzindustrie in diesen Ländern werden weiterhin deutlich spürbar sein. Insbesondere in Spanien steht der Sparkassensektor deshalb vor einer stärkeren Konsolidierung.

Die osteuropäischen Bankensysteme bleiben 2010 krisenanfällig, allerdings haben sich die Befürchtungen über ein Zusammenbrechen osteuropäischer Finanzmärkte bisher nicht bewahrheitet. Die Auswirkungen ungelöster struktureller Probleme, aber auch die teilweise begrenzte staatliche Unterstützungsbereitschaft und -fähigkeit stellen dabei ein erhöhtes Risiko für die Banken dar.

Die diskutierten höheren Eigenkapitalanforderungen für Banken könnten zu einer stärkeren Geschäftsselektion bzw. zu einem sensibleren Umgang mit dieser Ressource führen und weitere Kapitalerhöhungen notwendig machen. Der durch die EU-Kommission bereits bei einigen Landesbanken vorgegebene Veränderungsprozess wird auch 2010 den deutschen Finanzsektor prägen.

Die Risikokonzentrationen im Finanzsektor werden durch Fusionen in der Finanzindustrie voraussichtlich zunehmen. Diese können für die ökonomische Risikotragfähigkeit der KfW steigende Eigenkapitalanforderungen zur Folge haben. Die KfW setzt zur Abschätzung der Auswirkungen solcher Szenarien Stresstests ein.

In ihrer operativen Tätigkeit wird die KfW den in der Vergangenheit eingeschlagenen Weg weiterverfolgen. Zentrale Herausforderungen sind neben der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und der Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Unternehmen der Klimawandel, die Energie- und Ressourcenverknappung, der demografische Wandel und die fortschreitende Globalisierung. Dabei gilt es, die inländische Wirtschaft zu stabilisieren, aber auch die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungs- und Schwellenländer abzufedern.

Im Inlandsgeschäft wird die KfW in den kommenden Jahren die Wirtschaft in Deutschland mit den Förderprogrammen der Mittelstands-, Privatkunden- und Kommunalbank weiterhin nachhaltig unterstützen. In der Mittelstandsbank fördert die KfW mit einem breit gefächerten Angebot Freiberufler und mittelständische Unternehmen bei der Finanzierung von Gründungen, Investitionen und Innovationen. Entsprechend ihrem Finanzierungsbedarf kann diese Zielgruppe Kredite, Mezzanine- oder Beteiligungskapital in Anspruch nehmen. Im gewerblichen Umweltschutz stellen die Steigerung der Energieeffizienz und der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien weiterhin besondere Schwerpunkte dar.

Im Rahmen des "KfW-Sonderprogramms", das auf Mittelständler sowie größere Unternehmen ausgerichtet ist, werden strukturell gesunde Unternehmen, die durch die aktuelle Krise negativ betroffen sind, aber als zukunftsfähig eingeschätzt werden, finanziert.

Bei der KfW Privatkundenbank liegt der Fokus der Förderung weiterhin auf dem energieeffizienten Bauen und Sanieren im Wohnungsbereich. Neben der nachhaltigen Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und der Einsparung fossiler Brennstoffe werden auch 2010 kräftige Wachstumsimpulse erwartet, die insbesondere dem Mittelstand und kleinen Handwerksunternehmen zugutekommen. Die 2009 eingeführte Programmvariante zur Förderung von Maßnahmen zur Barrierereduzierung im Wohnungsbestand ("Altersgerecht Umbauen") will die KfW nachhaltig im Markt etablieren und weiterentwickeln.

Mit den Programmen im Förderfeld Bildung ermöglicht die KfW insbesondere die einkommensunabhängige kreditbasierte Finanzierung des Erststudiums sowie der beruflichen Weiterbildung zum Meister. Damit unterstützt die KfW den von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausbau der "Bildungsrepublik Deutschland".

Um auch in Zeiten der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise dringend notwendige Wachstumsimpulse zu setzen, soll die Förderung von Infrastrukturvorhaben im Rahmen des Kommunalkreditgeschäfts der KfW im Jahr 2010 zum Teil mit Unterstützung durch den Bund fortgeführt werden. Auch im Geschäftssegment Globaldarlehen Inland und Europa und in der Zusammenarbeit mit den Landesförderinstituten wird die KfW weiterhin ein zuverlässiger Finanzierungspartner sein.

Wegen der vielfältigen Einflussfaktoren lässt sich das Fördervolumen nur grob abschätzen; für das Inlandsgeschäft geht die KfW für das Jahr 2010 von einem Zusagevolumen in der Größenordnung von 50 Mrd. EUR aus.

Für den Verbriefungsmarkt rechnet die KfW im Jahr 2010 nur dann mit einer Wiederbelebung, wenn es gelingt, das Vertrauen der Investoren nachhaltig zurückzugewinnen. Dies ist die Grundvoraussetzung dafür, dass Banken mittels der Kreditverbriefung Kreditrisiken an den Kapitalmarkt transferieren können und so Spielraum für die Neukreditvergabe gewinnen.

Ein wichtiger Baustein für die Rückgewinnung des Investorenvertrauens könnte die Etablierung eines Premiummarktsegments für deutsche Qualitätsverbriefungen darstellen. Diese Premiumverbriefungen müssen zahlreiche Qualitätsstandards erfüllen, die sich gerade in der Finanzmarktkrise bewährt haben. Hierzu zählen u. a. Verbriefungen nur aus der Bilanz der Banken, ein angemessener Risikoeinbehalt der verbriefenden Bank, einfache und überschaubare Strukturen (Verbot sogenannter Wiederverbriefungen) und ein öffentlich zugängliches und weitgehend standardisiertes Reporting. Für die Umsetzung des Premiummarktsegments setzt sich die KfW zusammen mit anderen Banken und der True Sale International (TSI) ein.

Verbriefungen erfüllen aus Sicht der KfW eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion. Mit ihren qualitativ hochwertigen Verbriefungsprodukten möchte die KfW im Jahr 2010 die Kreditvergabe für den deutschen Mittelstand und den deutschen Wohnungsbau weiter unterstützen; angesiedelt sind diese Kreditverbriefungen im Geschäftsbereich Finanzmärkte.

Vor dem Hintergrund der prognostizierten weltweiten Konjunkturentwicklung rechnet die KfW IPEX-Bank für die Export- und Projektfinanzierung in ihren Kernmärkten mit einer anhaltend verhaltenen Finanzierungsnachfrage, weil ihre Kunden geplante Investitionen und Infrastrukturprojekte verschieben werden. Das betrifft u. a. die Handelsschifffahrt und den Automobilbau. In den Sektoren Energie und Umwelt erwartet die KfW IPEX-Bank jedoch eine stabile oder sogar steigende Finanzierungsnachfrage. Hier werden die Selbstverpflichtungen vieler Länder zum Klimaschutz und damit zur Erhöhung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien eine zunehmende Investitionsbereitschaft bedingen.

Das insgesamt zur Verfügung stehende Finanzierungsangebot der Kreditbanken wird auch angebotsseitig Restriktionen unterliegen, denn krisenbedingt hat sich die Risikobewertung des Kreditbestandes im Durchschnitt verschlechtert. Dadurch ergeben sich für diese Banken auch 2010 erhöhte Eigenkapitalanforderungen im gesamten Kreditportfolio. Als Konsequenz erwartet die KfW IPEX-Bank, dass weniger Banken als vor der Finanzmarktkrise für größere mittel- und langfristige Finanzierungsprojekte als Co-Finanzierer oder Syndizierungspartner zur Verfügung stehen und der Wettbewerb um gut besicherte Strukturen anhalten wird. Vorstehende Restriktionen betreffen auch die KfW IPEX-Bank und erfordern eine gezielte Neugeschäftssteuerung. Aufgrund des gesetzlichen Auftrags der KfW steht die KfW IPEX-Bank als Arrangeur mittel- und langfristiger Finanzierungen im Interesse der deutschen und europäischen Wirtschaft zur Verfügung.

Unter Berücksichtigung obiger Rahmenbedingungen wird sie sich in ihrem Neugeschäft weiterhin auf gut besicherte Finanzierungsstrukturen konzentrieren und rechnet für 2010 auf Konzernebene im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung mit einem gegenüber dem Vorjahr vergleichbaren Neugeschäftsvolumen von etwa 8 Mrd. EUR, hiervon für das Fördergeschäft in der KfW etwa 3,5 Mrd. EUR.

Im Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Transformationsländer sind im Konzern die Geschäftsaktivitäten der KfW Entwicklungsbank, des KfW-Klimaschutzfonds und der DEG zusammengefasst. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat auch in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern deutliche Spuren hinterlassen und droht bislang erreichte Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zunichtezumachen. Unvermindert hoch ist daher die Nachfrage der Partnerländer nach Finanzierungs- und Beratungsangeboten der KfW Entwicklungsbank, die aufgrund ihres langfristigen Engagements für die Partnerländer ein wichtiger Stabilitätsfaktor bei der Bewältigung der krisenbedingten Auswirkungen ist. Die KfW Entwicklungsbank wird daher 2010 ihre Förderung der Entwicklungsländer auf dem hohen Niveau der Vorjahre fortsetzen und die Bundesregierung weiterhin durch den Einsatz eigener Mittel für die Entwicklungsfinanzierung bei der Erfüllung ihrer internationalen Hilfszusagen (Official Development Assistance) unterstützen. Gleichzeitig wird der Einsatz KfW-eigener Mittel für Finanzierungen in Schwellen- und Transformationsländern der Bundesregierung auch künftig erlauben, ihre knappen Haushaltsmittel gezielt für die direkte Armutsbekämpfung in den bedürftigsten Entwicklungsländern einzusetzen. Der Auf- und Ausbau des Finanzsektors, die Förderung des Wassersektors und der Klima- und Umweltschutz zählen zu den Kernkompetenzen und Schwerpunktbereichen, in denen sich die KfW Entwicklungsbank auch künftig engagieren wird. Die internationale Klimafinanzarchitektur ist zentrales Zukunftsthema der KfW Entwicklungsbank. Als Umwelt- und Klimabank des Bundes wird sie ihr Profil in diesem Bereich weiter schärfen, ihr Förderangebot entsprechend ausbauen und die in den Vorjahren gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Bundesministerium für Umwelt aufgesetzten Initiativen fortführen. Auch mit dem Auswärtigen Amt wird die KfW



Entwicklungsbank ihre Zusammenarbeit intensivieren. Zur Bewältigung der globalen Herausforderungen kommt es heute mehr denn je darauf an, Kompetenzen zu bündeln und Synergien zu heben. Die KfW Entwicklungsbank hat und wird sich auch weiterhin sowohl innerhalb der deutschen wie auch der europäischen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit aktiv für eine sinnvolle und effiziente Verknüpfung ihres Engagements mit dem anderer Geberinstitutionen im Sinne der Paris und Accra Agenda einsetzen.

Vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage der Partnerländer erwartet die KfW Entwicklungsbank für 2010 eine Steigerung ihrer Neuzusagen um gut 20 % auf 4,3 Mrd. EUR. Im Konzern plant darüber hinaus die DEG ein Neugeschäftsvolumen von 1,1 Mrd. EUR.

Das Umfeld des KfW-Klimaschutzfonds wird 2010 stark durch den weiteren Fortgang der internationalen Klimaschutzverhandlungen geprägt sein. Die Klimakonferenz in Kopenhagen vom Dezember des vergangenen Jahres hat hier nicht die von den Marktteilnehmern gewünschten klaren Weichenstellungen für die internationalen Zertifikatemärkte gebracht. Viel wird vom weiteren Fortgang der internationalen Verhandlungen abhängen, aber auch von den bilateralen Bemühungen der wichtigsten Länder und Regionen. Mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) hat die KfW 2009 ein weiteres Kaufprogramm für Emissionsgutschriften aus Projekten aufgelegt. Dieses Programm hat insbesondere zum Ziel, Klimaschutzprojekte in ärmeren Entwicklungsländern und innovative Programmansätze zu fördern. In diesem Rahmen ist ein moderater Ausbau der Kaufaktivitäten für Emissionsgutschriften aus Projekten und Programmen geplant.

Die KfW hält im Zuge der Privatisierungsgeschäfte mit dem Bund weiterhin Anteile an der Deutschen Telekom AG, Bonn, (2009: 16,9 %) und der Deutschen Post AG, Bonn, (2009: 30,5 %). Die Durchführung weiterer Privatisierungstransaktionen erfolgt unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktbedingungen und strategischer Vorgaben des Bundes.

Für die beiden kommenden Jahre rechnet die KfW weiter mit einem hohen Refinanzierungsvolumen. Für das Geschäftsjahr 2010 sind 70 bis 75 Mrd. EUR geplant. Haupttreiber ist das erwartete hohe Fördervolumen, auch durch den Beitrag der KfW im Rahmen der verschiedenen konjunkturfördernden Maßnahmenpakete der Bundesregierung.

Die KfW geht davon aus, dass die Normalisierung des Kapitalmarktumfeldes im Prognosezeitraum weiter voranschreitet. Gleichwohl ist ein Rückschlagspotenzial durch mögliche realwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzkrise nicht auszuschließen. Aufgrund der anhaltend hohen Volatilität an den internationalen Kapitalmärkten sowie eines erwarteten großen Angebots insbesondere an europäischen Staatsanleihen rechnet die KfW im Bereich der Refinanzierung mit einem anhaltend herausfordernden Wettbewerbsumfeld im Jahr 2010.

Die KfW wird zur Mittelaufnahme auf ihre bewährte Mischung aus Benchmark-Anleihen, anderen öffentlichen Anleihen sowie Privatplatzierungen zurückgreifen; die Bedeutung der Benchmark-Programme wird weiterhin hoch bleiben. Es ist zu erwarten, dass bei einer weiteren Entspannung an den internationalen Kapitalmärkten die Nachfrage der Investoren nach den globalen Reservewährungen Euro und US-Dollar anhält und die Nachfrage nach anderen Währungen sich wieder belebt. Auch strukturierte Anleihen dürften in ihrer Bedeutung für die Refinanzierung der KfW wieder zunehmen.

Die Handlungsmaximen für die KfW werden unverändert sein: Beständigkeit und Verlässlichkeit beim Agieren auf den Finanzmärkten sowie größtmögliche Transparenz in der Kommunikation mit den Marktteilnehmern.

Für das Jahr 2010 geht der KfW Konzern, der im Wesentlichen von der KfW geprägt ist, in seiner aktuellen Ergebnisplanung von einem Gesamtergebnis von rund 1 Mrd. EUR aus. Maßgebliche Grundannahmen der Ergebnisprognose sind eine erwartete leichte konjunkturelle Erholung mit bestenfalls leicht steigenden Zinssätzen bei weiterhin steiler Zinsstruktur. Für die Neugeschäftstätigkeit in der KfW wird ein moderates Wachstum unterstellt. Im kurzfristigen Laufzeitenbereich wird mit einer Normalisierung der 2009 gesehenen besonders günstigen Einstandskonditionen gerechnet. Insgesamt geht die KfW von Rahmenbedingungen aus, die zwar zu Rückgängen im Zinsüberschuss führen. Diese Schlüsselgröße des operativen Ergebnisses der KfW wird aber auch für 2010 auf hohem Niveau erwartet. Der Entwicklung im Zinsergebnis stehen ein voraussichtlich etwas geringerer Kreditrisikovorbedarft und Verbesserungen im Bewertungsergebnis gegenüber. Die Verwaltungskosten werden im Jahr 2010 auf dem Niveau von 2009 erwartet.

In einem Szenario, in dem die Wirtschaft entgegen den Erwartungen erneut in eine Rezession abgleitet, geht die KfW gegenüber dem erwarteten Szenario von stabilen niedrigen Zinsen aus. Der rezessionsbedingte Anstieg des Wertberichtigungsbedarfs im Kreditgeschäft würde somit voraussichtlich durch ein höheres Zinsergebnis kompensiert werden. Dagegen würde in einem Szenario mit einer unerwartet dynamischen Konjunkturerholung und steigenden Zinsen das Zinsergebnis niedriger ausfallen. In diesem Fall werden aber auch deutlich sinkende Kreditausfälle erwartet, die stabilisierend auf die Ertragslage wirken.

Aufgrund der aktuell noch anhaltenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist die Prognose nach wie vor durch ein hohes Maß an Unsicherheit geprägt. Diese besteht insbesondere in der Entwicklung der Zins- und Wechselkurse, die maßgeblich den Ergebnisbeitrag des Zinsüberschusses beeinflusst, und im Bewertungsergebnis. Für Letzteres ist aufgrund der Unsicherheit über die Marktpreisentwicklung für Wertpapiere auch weiterhin mit höheren Ergebnisvolatilitäten zu rechnen.

2010 und voraussichtlich auch im Folgejahr rechnet die KfW nicht mit einem nennenswerten Personalwachstum. Die KfW wird aber weiterhin im bisherigen Umfang Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, um damit der Verantwortung gegenüber der jungen Generation in besonderer Weise nachzukommen.

#### Erklärung zur Unternehmensführung

Der Verwaltungsrat und der Vorstand erkennen die Grundsätze des Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK) an und streben die schnellstmögliche Umsetzung für die KfW an. Hierzu werden beide Gremien - soweit noch nicht geschehen - zeitnah die in ihrer Kompetenz liegenden erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Der Verwaltungsrat und der Vorstand erklären, erstmals für das Geschäftsjahr 2010 eine jährlich zu erneuernde Entsprechungserklärung zur Einhaltung der Empfehlung abzugeben und eventuelle Abweichungen in einem Corporate-Governance-Bericht offenzulegen und zu erläutern.

#### Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite

	31.12.2009				31.12.2008	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Barreserve						
a) Kassenbestand			138			0
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			336.674			98
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	336.674				98	
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0	336.812		0
2. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig			171.325			332
b) andere Forderungen		271.618.473		271.789.798		258.011
3. Forderungen an Kunden				58.914.290		
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert						
darunter: Kommunalkredite	29.466.845				30.799	
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten		0				0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0				0	
ab) von anderen Emittenten		130.856	130.856			2.443
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	130.856				1.987	
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten		2.348.343				2.198
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.211.379				2.069	
bb) von anderen Emittenten		25.909.722	28.258.065			28.203
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	20.255.509				20.662	
c) eigene Schuldverschreibungen			9.232.161	37.621.083		5.505
Nennbetrag	9.581.937				5.410	
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				15.280.779		
6. Beteiligungen				408.431		
darunter: an Kreditinstituten	27.743				21	
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0				0	
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				2.390.777		
darunter: an Kreditinstituten	306.852				307	
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0				0	
8. Treuhandvermögen				16.399.044		
darunter: Treuhandkredite	16.313.902				6.295	
9. Immaterielle Anlagewerte				11.761		
10. Sachanlagen				812.589		
11. Sonstige Vermögensgegenstände				640.018		
12. Rechnungsabgrenzungsposten				2.605.274		
13. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes				26.602		
Summe der Aktiva				407.237.257		

31.12.2008  
Mio. EUR

1. Barreserve						
a) Kassenbestand						
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken						
darunter: bei der Deutschen Bundesbank						
c) Guthaben bei Postgiroämtern						99
2. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig						
b) andere Forderungen						258.343
3. Forderungen an Kunden						71.521
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert						
darunter: Kommunalkredite						
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten						
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank						
ab) von anderen Emittenten						

31.12.2008

Mio. EUR

darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	
ba) von öffentlichen Emittenten	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	
bb) von anderen Emittenten	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	
c) eigene Schuldverschreibungen	38.349
Nennbetrag	
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	18.497
6. Beteiligungen	304
darunter: an Kreditinstituten	
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	
7. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.475
darunter: an Kreditinstituten	
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	
8. Treuhandvermögen	6.317
darunter: Treuhandkredite	
9. Immaterielle Anlagewerte	7
10. Sachanlagen	797
11. Sonstige Vermögensgegenstände	440
12. Rechnungsabgrenzungsposten	3.023
13. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes	27
Summe der Aktiva	400.199

## Passivseite

	31.12.2009				31.12.2008	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) täglich fällig			2.083.968			2.150
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			10.389.718	12.473.685		15.210
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen			0			0
b) andere Verbindlichkeiten						
ba) täglich fällig		411.973				504
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		23.897.702	24.309.675	24.309.675		43.137
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen			324.322.899			297.682
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0	324.322.899		0
4. Treuhandverbindlichkeiten				16.399.044		
darunter: Treuhandkredite	16.313.902				6.295	
5. Sonstige Verbindlichkeiten				6.553.311		
6. Rechnungsabgrenzungsposten				5.712.923		
7. Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			655.476			658
b) andere Rückstellungen			1.327.141	1.982.616		1.207
8. Abführungspflichten nach D-Mark-Bilanz-Gesetz				253		
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				3.246.589		
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken				45.877		
11. Eigenkapital						
a) gezeichnetes Kapital		3.750.000				3.750
abzüglich ausstehender Einlagen		(450.000)				(450)
eingezahltes gezeichnetes Kapital			3.300.000			
darunter: eingefordert	0					

31.12.2008

Mio. EUR

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	
a) täglich fällig	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	17.360

31.12.2008

Mio. EUR

2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
a) Spareinlagen	
b) andere Verbindlichkeiten	
ba) täglich fällig	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	43.641
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	
a) begebene Schuldverschreibungen	
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	297.682
4. Treuhandverbindlichkeiten	6.317
darunter: Treuhandkredite	
5. Sonstige Verbindlichkeiten	13.856
6. Rechnungsabgrenzungsposten	5.699
7. Rückstellungen	
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	
b) andere Rückstellungen	1.866
8. Abführungspflichten nach D-Mark-Bilanz-Gesetz	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	3.247
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken	50
11. Eigenkapital	
a) gezeichnetes Kapital	
abzüglich ausstehender Einlagen	
eingezahltes gezeichnetes Kapital	
darunter: eingefordert	

	31.12.2009			31.12.2008		
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR
b) Kapitalrücklage			5.946.989			6.254
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	4.650.000				4.650	
Zuführung	(306.775)				0	
c) Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens			892.828			848
Vertragsgemäße Zuführung von Zinsen	45.303				43	
d) Gewinnrücklagen						
da) Gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz		1.574.347				1.574
db) Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz		1.927.845				1.893
dc) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes		47.607	3.549.799			48
e) Verlustvortrag			(1.499.231)	12.190.385		(3.436)
Summe der Passiva				407.237.257		
1. Eventualverbindlichkeiten						
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			0			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			31.474.611			48.774
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			0	31.474.611		0
2. Andere Verpflichtungen						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			0			41
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			0			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			43.757.690	43.757.690		29.025

31.12.2008

Mio. EUR

b) Kapitalrücklage	
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	
Zuführung	
c) Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	
Vertragsgemäße Zuführung von Zinsen	
d) Gewinnrücklagen	
da) Gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz	
db) Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	

31.12.2008

Mio. EUR

dc) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes	
e) Verlustvortrag	10.481
Summe der Passiva	400.199
1. Eventualverbindlichkeiten	
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	48.774
2. Andere Verpflichtungen	
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	29.066

## Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2009

## Aufwendungen

	2009			2008	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR
1. Zinsaufwendungen				10.127.489	
2. Vertragsgemäße Zuführung von Zinsen zur Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens				45.303	
3. Provisionsaufwendungen				234.895	
4. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften				2.176	
5. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		249.074			231
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		45.376	294.450		73
darunter: für Altersversorgung	11.746				41
b) andere Verwaltungsaufwendungen			211.822	506.272	178
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				45.415	
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen				38.393	
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				3.335	
darunter: Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	-4.123				-150
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				98.824	
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				11.122	
11. Abschreibungen auf Sonderverlustkonto gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes				42	
12. Jahresüberschuss				1.664.188	
Summe der Aufwendungen				12.777.454	

2008

Mio.

EUR

1. Zinsaufwendungen	14.711
2. Vertragsgemäße Zuführung von Zinsen zur Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	43
3. Provisionsaufwendungen	282
4. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	0
5. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	
a) Personalaufwand	
aa) Löhne und Gehälter	
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	
darunter: für Altersversorgung	
b) andere Verwaltungsaufwendungen	481
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	25
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	36
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	2.304

	2008
	Mio.
	EUR
darunter: Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	952
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0
11. Abschreibungen auf Sonderverlustkonto gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes	0
12. Jahresüberschuss	0
Summe der Aufwendungen	18.835

#### Erträge

	2009		2008			
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Zinserträge aus						
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			11.375.698			14.325
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			852.941	12.228.639		1.848
2. Laufende Erträge aus						
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			32.661			73
b) Beteiligungen			7.008			15
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0	39.669		5
3. Provisionserträge				434.090		
4. Nettoertrag aus Finanzgeschäften				0		
5. Sonstige betriebliche Erträge				75.056		
6. Jahresfehlbetrag				0		
Summe der Erträge				12.777.454		

	2008
	Mio. EUR
1. Zinserträge aus	
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	16.173
2. Laufende Erträge aus	
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	
b) Beteiligungen	
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	94
3. Provisionserträge	432
4. Nettoertrag aus Finanzgeschäften	8
5. Sonstige betriebliche Erträge	87
6. Jahresfehlbetrag	2.043
Summe der Erträge	18.835

#### Anhang

##### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss der KfW wurde entsprechend den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Gesetzes über die KfW aufgestellt. Zusätzlich wurden die besonderen Bestimmungen des D-Mark-Bilanz-Gesetz (DMBiG) beachtet. Die Gliederung für die Bilanz und für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde erweitert um einen gesonderten Ausweis der Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens und die hierfür vorgenommene vertragsgemäße Zuführung von Zinsen sowie die nachträglich vermerkten Zuführungen zu den Kapitalrücklagen. Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz, die wahlweise in der Bilanz oder im Anhang vorzunehmen sind, erfolgen im Anhang.

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Sonstigen Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, dem Nennbetrag oder einem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen werden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind, soweit sie nicht durch außerbilanzielle Geschäfte gesichert sind, nach dem strengen Niederstwertprinzip, Wertpapiere des Anlagevermögens gemäß gemildertem Niederstwertprinzip bewertet. Teilweise werden Wertpapiere mit den zu ihrer Kurssicherung eingesetzten Zinssicherungsgeschäften (Zinsswap-Geschäften) zu gesondert dokumentierten Bewertungseinheiten zusammengefasst. Dem Handelsbestand sind keine Wertpapiere zugeordnet. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen werden vorgenommen. Strukturierte Wertpapiere mit eingebetteten Derivaten werden als Einheit bilanziert und zum strengen Niederstwert bewertet.

Die Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerte werden mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden als Sammelposten erfasst und linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bilanziert, Unterschiedsbeträge zwischen einem vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag und dem Ausgabebetrag werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Grundlage der "Richttafeln 2005 G" von Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Bei den Berechnungen wurde für die KfW das Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinsfuß von 3 % bzw. 6 % angewendet. Die anderen Rückstellungen wurden in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme ausgewiesen.

Den Risiken, die aufgrund der Geschäftsstruktur der KfW überwiegend aus dem Kreditgeschäft resultieren, wird durch Wertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Die Zuführungsbeträge werden in der Position "Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft" ausgewiesen. Von den Verrechnungsmöglichkeiten in der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 340f Abs. 3 HGB sowie § 340c Abs. 2 HGB wurde Gebrauch gemacht. Bei leistungsgestörten Kreditforderungen findet die Vereinnahmung von Zinserträgen grundsätzlich auf Basis der Erwartungen statt.

#### Angaben zu Aktiva

##### Forderungen an Kreditinstitute

	täglich fällig		Restlaufzeit			anteilige Zinsen Mio. EUR
	Mio. EUR	Mio. EUR	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr Mio. EUR	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre		
				Mio. EUR	Mio. EUR	
31.12.2009	171	29.741	21.267	110.034	105.046	5.531
31.12.2008	332	20.808	17.992	101.374	110.708	7.129
darunter an:						
Verbundene Unternehmen						
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
ohne Haftungsverpflichtung durchleitender Banken						
Nachrangige Vermögensgegenstände						
						Insgesamt
						Mio. EUR
31.12.2009						271.790
31.12.2008						258.343
darunter an:						
Verbundene Unternehmen						
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
ohne Haftungsverpflichtung durchleitender Banken						
Nachrangige Vermögensgegenstände						

##### Forderungen an Kunden

	mit unbestimmter Laufzeit		Restlaufzeit			anteilige Zinsen Mio. EUR
	Mio. EUR	Mio. EUR	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr Mio. EUR	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre		
				Mio. EUR	Mio. EUR	
31.12.2009	0	7.134	5.316	24.937	20.679	848
31.12.2008	0	8.090	6.373	26.414	29.149	1.495
darunter an:						
Verbundene Unternehmen						
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
Nachrangige Vermögensgegenstände						

	Insgesamt
	Mio. EUR
31.12.2009	58.914
31.12.2008	71.521
darunter an:	
Verbundene Unternehmen	848
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29
Nachrangige Vermögensgegenstände	6.498

Aufgrund des Bilanzverlustes der KfW IPEX-Bank GmbH für das Geschäftsjahr 2009, der die KfW eine stille Einlage in Form einer nachrangigen Forderung gewährt hat, vermindert sich der Rückzahlungsanspruch. Die KfW hat diesem Sachverhalt durch eine Wertberichtigung der Forderung Rechnung getragen.

#### Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten "Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere" enthaltene Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden:

Im Folgejahr fällig werdend

Bilanzstichtag	31.12.2009	31.12.2008
	Mio. EUR	Mio. EUR
Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen	4.841	8.269
Nominalwert	4.876	8.258
Eigene Schuldverschreibungen	697	153
Nominalwert	676	150
Summe	5.538	8.422
Nominalwert	5.552	8.408

In den Schuldverschreibungen und andere festverzinslichen Wertpapieren sind enthalten:

	Mio. EUR
Börsennotierte Wertpapiere	35.781
Nicht börsennotierte Wertpapiere	1.840
Börsenfähige Wertpapiere	37.621

#### Pensionsgeschäfte

Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften (Sell-and-buy-back-Geschäfte, Repos) wurden Wertpapiere im Buchwert von 599 Mio. EUR in Pension gegeben. Aus der Marktentwicklung der verpensionierten Finanzinstrumente resultieren Sicherheitenstellungen in Form von Finanzanlagen in Höhe von 1 Mio. EUR. Die Bedingungen und Modalitäten der Besicherung bzw. der Verwertung von Sicherheiten folgen den marktüblichen Usancen.

#### Anlagevermögen

Anlagespiegel zum 31.12.2009

	Veränderungen <sup>1)</sup>	Restbuchwert	Restbuchwert
	2009	31.12.2009	31.12.2008
	(7)	(8)	(9)
	TEUR	TEUR	TEUR
Beteiligungen	104.320	408.431	304.110
Anteile an verbundenen Unternehmen	-84.553	2.390.777	2.475.330
Wertpapiere des Anlagevermögens	18.251.680	26.887.240	8.635.560
Summe	18.271.447	29.686.448	11.415.000

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten <sup>2)</sup>	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abschreibungen/Wertberichtigungen	Insgesamt
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Immaterielle Anlagewerte	41.897	8.012	32.141	0	0	6.007	
Sachanlagen <sup>3)</sup>	1.001.154	78.073	68.309	0	0	198.329	
Summe	1.043.051	86.085	100.450	0	0	204.336	





Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Jahresergebnis <sup>1)</sup>
	in %	TEUR	TEUR
11. Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG, Hamburg	24,9	6.324	499
12. Post 2012 Carbon Credit Fund CV, Amsterdam	20,0	127	-777

<sup>1</sup> letzter vorliegender Abschluss 2009

<sup>2</sup> letzter vorliegender Abschluss 2008

<sup>3</sup> umgerechnet zum Stichtagskurs zum 31. Dezember 2009 (1 EUR = 1,4406 USD)

In der Position "Beteiligungen" sind enthalten:

	Mio. EUR
Börsennotierte Wertpapiere	0
Nicht börsennotierte Wertpapiere	58
Börsenfähige Wertpapiere	58

#### Sonstige Vermögensgegenstände

Die "Sonstigen Vermögensgegenstände" enthalten im Wesentlichen die Ausgleichsforderung an die BvS in Höhe von 597 Mio. EUR aufgrund des der KfW zugewiesenen Versicherungsgeschäfts der SinA. Der Ausgleichsforderung stehen versicherungstechnische Rückstellungen in gleicher Höhe gegenüber.

#### Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die in der Position "Aktive Rechnungsabgrenzungsposten" enthaltenen Unterschiedsbeträge zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten betragen 726 Mio. EUR.

#### Angaben zu Passiva

##### Fristenstruktur der aufgenommenen Mittel

	täglich fällig		Restlaufzeit			anteilige Zinsen Mio. EUR
			bis 3 Monate	mehr als 3 Monate 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist						
zum 31.12.2009	2.084	3.195	263	1.665	1.104	4.163
zum 31.12.2008	2.150	1.828	2.245	3.008	1.998	6.131
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
- andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist						
zum 31.12.2009	412	4.462	1.787	15.240	2.084	325
zum 31.12.2008	864	8.478	3.143	20.546	9.884	726
zum 31.12.2009	2.496	7.657	2.050	16.905	3.188	4.488
in %	7	21	6	46	9	12

Im Folgejahr fällig werdend

#### Verbriefte Verbindlichkeiten

- begebene Schuldverschreibungen

zum 31.12.2009

zum 31.12.2008

Insgesamt

Mio. EUR

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

zum 31.12.2009

12.474

zum 31.12.2008

17.360

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

- andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

zum 31.12.2009

24.310

zum 31.12.2008

43.641

	Insgesamt
	Mio. EUR
zum 31.12.2009	36.784
in %	100
Verbriefte Verbindlichkeiten	
- begebene Schuldverschreibungen	
zum 31.12.2009	75.983
zum 31.12.2008	73.160

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	Verbriefte und unverbrieftete Verbindlichkeiten	
	gegenüber verbundenen Unternehmen	gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	43	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	203	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0
Insgesamt	246	0

#### Sonstige Verbindlichkeiten

Die "Sonstigen Verbindlichkeiten" enthalten im Wesentlichen den Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung von Derivaten (6.267 Mio. EUR), die im Rahmen der Steuerung der Fremdwährungspositionen eingesetzt werden.

#### Passive Rechnungsabgrenzungsposten

In der Position "Passive Rechnungsabgrenzungsposten" sind Disagien aus Forderungen in Höhe von 2.327 Mio. EUR erfasst.

#### Rückstellungen

Neben den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 656 Mio. EUR werden zum 31. Dezember 2009 andere Rückstellungen in Höhe von 1.327 Mio. EUR ausgewiesen, die im Wesentlichen versicherungstechnische Rückstellungen im Zusammenhang mit der Übertragung des Versicherungsgeschäfts der ehemaligen SinA, Rückstellungen zur Absicherung künftiger Zinsbelastungen aus der Übertragung des ERP-Sondervermögens sowie Rückstellungen im Rahmen der Risikovorsorge der KfW betreffen.

#### Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Rahmen der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung zum 1. Juli 2007 hat das ERP-Sondervermögen der KfW ein Nachrangdarlehen in Höhe von 3.247 Mio. EUR gewährt. Das Darlehen ist in drei Tranchen mit unterschiedlichen Zinsbindungsfristen aufgeteilt. Die Kapitalbindungsfrist aller Tranchen endet am 31. Dezember 2017. Die Tranchen werden mit einem Zinssatz von 4,5 % p. a. verzinst.

Für das Nachrangdarlehen besteht keine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die KfW. Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes.

Die Zinsaufwendungen für die nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 146 Mio. EUR.

#### Eigenkapital

	31.12.2008	Jahresüberschuss	Sonstige	
			Veränderungen	31.12.2009
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital	3.750	0	0	3.750
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-450	0	0	-450
Kapitalrücklage	6.254	0	-306	5.947
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	4.650	0	0	4.650
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	848	0	45	893
Erwirtschaftete Gewinne				
a) Gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz	1.574	0	0	1.574
b) Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	1.893	0	34	1.927
c) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes	48	0	0	48
Verlustvortrag	-1.393	0	-1.770	-3.163
Jahresüberschuss	-2.043	1.664	2.043	1.664
Eigenkapital	10.481	1.664	45	12.190

Die Förderrücklage des ERP-Sondervermögens betrifft den im Rahmen der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung im Geschäftsjahr 2007 durch das ERP-Sondervermögen eingebrachten Betrag.

Der Verwaltungsrat hat am 25. März 2010 beschlossen, den Jahresüberschuss 2009 in voller Höhe mit dem Verlustvortrag zu verrechnen. Zum Jahresende 2009 beträgt das Eigenkapital der KfW 12.190 Mio. EUR.

#### Weitere vermerkpflichtige Angaben zu den Passiva

##### Eventualverbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen betragen 31.475 Mio. EUR. Von dem Gesamtbetrag zum 31. Dezember 2009 entfallen 27.540 Mio. EUR auf Plattformverbriefungen, im Wesentlichen PROMISE-/PROVIDE-Geschäfte. Ausfallrisiken hieraus wurden in Höhe von 26.456 Mio. EUR an den Kapitalmarkt transferiert. Daneben sind u.a. Bürgschaften für Sonderkredite von 1.092 Mio. EUR, für Flugzeugfinanzierungen von 521 Mio. EUR, für Schiffs- und Werftkredite von 283 Mio. EUR, für Energiekredite von 189 Mio. EUR sowie Bürgschaften für den Wohnungsbau von 176 Mio. EUR enthalten.

Die 2009 neu valuierten Bürgschaften und Garantien für Risiken Dritter in Höhe von 1.680 Mio. EUR resultieren insbesondere aus der Übernahme von Kreditausfallrisiken Dritter im Zusammenhang mit Verbriefungen. Getilgt wurden insgesamt 18.939 Mio. EUR. Hiervon stehen 18.429 Mio. EUR im Zusammenhang mit Verbriefungen.

##### Andere Verpflichtungen

Die Unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 43.758 Mio. EUR betreffen mit 30.616 Mio. EUR Investitionsfinanzierungen, wobei der größte Anteil auf die Mittelstandsbank mit 14.139 Mio. EUR und auf die Privatkundenbank mit 9.237 Mio. EUR entfällt, mit 6.200 Mio. EUR Export- und Projektfinanzierungen, mit 3.793 Mio. EUR Kredite zur Förderung der Entwicklungsländer, mit 2.234 Mio. EUR Geschäfte im Rahmen der Liquiditätssteuerung, mit 583 Mio. EUR Kreditverbriefungen sowie mit 332 Mio. EUR Avalkredite.

##### Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Die ausgewiesenen Treuhandposten betreffen im Wesentlichen Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Das Treuhandvermögen beinhaltet Treuhandkredite in Höhe von 16.314 Mio. EUR.

Am 22. Juni 2009 wurde der neue Generalvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der KfW geschlossen. Mit Umsetzung des Generalvertrages wurden Haftungsdarlehen in Höhe von 11,1 Mrd. EUR in Treuhanddarlehen umgewandelt.

##### Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

##### Geografische Märkte

Auf eine geografische Aufgliederung der Gesamtbeträge bestimmter Ertragspositionen gemäß § 34 Abs. 2 Nr. 1 RechKredV wurde verzichtet, da die KfW keine Auslandsfilialen unterhält.

##### Sonstige vermerkpflichtige Angaben

##### Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung

Die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie die am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte sind zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet worden. Unwiderrufliche Kreditzusagen, für die Termingeschäfte abgeschlossen wurden, sind zum Sicherungskurs umgerechnet.

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden unter Beachtung des Imparitätsprinzips im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften berücksichtigt.

Wechselkursbedingte Wertänderungen der in fremden Währungen gebildeten Einzelwertberichtigungen sind im Nettoaufwand aus Finanzgeschäften erfasst.

Termingeschäfte für bilanzielle Geschäfte wurden unter Beachtung der Vorschriften zur besonderen Deckung bzw. zur Deckung in der gleichen Währung umgerechnet.

Zum 31. Dezember 2009 betrug der gemäß § 340 h Abs. 1 HGB umgerechnete Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände 43 Mrd. EUR, der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden 192 Mrd. EUR.

##### Sonstige finanzielle Verpflichtungen und freie Fazilitäten

Im Rahmen von Beteiligungsfinanzierungen bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen in Höhe von insgesamt 383 Mio. EUR.

Der KfW stehen im Rahmen der geldpolitischen Geschäfte mit der Deutschen Bundesbank noch nicht ausgeschöpfte Liquiditätsfazilitäten zur Verfügung.

##### Derivatebericht

Die KfW setzt im Wesentlichen zur Absicherung von Zinsänderungs-, Wechselkurs-, sonstigen Preis- und Kreditrisiken folgende Termingeschäfte/derivative Produkte ein:

##### 1. Zinsbezogene Termingeschäfte/ derivative Produkte

- Zinsswaps
- Zinsoptionen, Swaptions
- Zinsbegrenzungsvereinbarungen

## 2. Währungsbezogene Termingeschäfte/ derivative Produkte

- Zins- und Währungsswaps
- Devisenswaps
- Devisenkassageschäfte
- Devisentermingeschäfte

## 3. Aktienkurs- und sonstige preisrisikobezogene Termingeschäfte/derivative Produkte

- Aktienoptionen
- Klimaschutzfonds-Terminkäufe und -verkäufe

## 4. Kreditderivate

- Single Name Credit Default Swaps

Die nachfolgende Darstellung der derivativen Geschäfte richtet sich nach den Anforderungen des § 285 Nr. 19 HGB. Darin werden die positiven und negativen Marktwerte der Derivate zum 31. Dezember 2009 offengelegt.

Da die Derivate zur Absicherung von Marktpreis- und Adressenausfallrisiken bilanzieller Geschäfte eingesetzt werden, werden diese nicht bilanziell bewertet. Daneben werden in geringem Umfang Credit Default Swaps als Sicherungsgeber im Rahmen der Risikodiversifikation kontrahiert.

Die Berechnung erfolgt für alle Kontraktarten nach der Marktbewertungsmethode. Soweit für die derivativen Instrumente keine Marktwerte feststellbar waren, wurden ersatzweise Werte mittels Marktparametern errechnet, deren Ermittlung auf allgemein anerkannten Optionspreismodellen und Barwertberechnungen basiert.

Erworbene bzw. geschriebene Optionen werden in Höhe der gezahlten Prämie als sonstige Vermögensgegenstände bzw. als sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die KfW hat im Rahmen von Derivatekontrakten Sicherheiten in Form von eigenen Wertpapieren in Höhe von 1.039 Mio. EUR an ihre Geschäftspartner gestellt.

	Nominalwerte	Nominalwerte	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2009
Volumina	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Kontrakte mit Zinsrisiken				
Zinsswaps	405.162	385.028	13.595	12.785
Zinsoptionen				
davon: Käufe	0	0	0	0
davon: Verkäufe	500	1.025	0	1
Zinsbegrenzungsvereinbarungen <sup>1)</sup>	472	507	0	0
Insgesamt	406.134	386.560	13.595	12.786
Kontrakte mit Währungsrisiken				
Zins- und Währungsswaps	159.826	143.595	5.513	13.245
Devisenswaps	28.688	27.199	592	188
Devisentermingeschäfte	108	184	1	2
Devisenkassageschäfte	0	0	0	0
Insgesamt	188.622	170.978	6.106	13.435
Aktien- und sonstige Preisrisiken <sup>1)</sup>	628	615	35	35
Kreditderivate <sup>2)</sup>				
davon: Käufe	1.770	2.180	9	0
davon: Verkäufe	382	383	1	17

	Nominalwerte 31.12.2009	Nominalwerte 31.12.2008	Marktwerte positiv 31.12.2009	Marktwerte negativ 31.12.2009
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Volumina				
Insgesamt	2.152	2.563	10	17

<sup>1)</sup> Darstellung der derivativen Finanzinstrumente ohne eingebettete Derivate

<sup>2)</sup> hier: Single Name Credit Default Swaps

Nominalwerte	Zinsrisiken <sup>1)</sup>		Währungsrisiken		Sonstige Preisrisiken <sup>1)</sup>	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Restlaufzeit						
bis 3 Monate	13.065	16.148	34.978	28.793	5	0
über 3 Monate bis 1 Jahr	34.907	39.546	22.260	24.560	4	5
über 1 bis 5 Jahre	196.422	175.920	93.516	77.481	619	610
über 5 Jahre	161.740	154.946	37.868	40.144	0	0
Insgesamt	406.134	386.560	188.622	170.978	628	615

Nominalwerte	Kreditderivate <sup>2)</sup>	
	31.12.2009	31.12.2008
	Mio. EUR	Mio. EUR
Restlaufzeit		
bis 3 Monate	530	140
über 3 Monate bis 1 Jahr	592	40
über 1 bis 5 Jahre	1.030	2.383
über 5 Jahre	0	0
Insgesamt	2.152	2.563

<sup>1)</sup> Darstellung der derivativen Finanzinstrumente ohne eingebettete Derivate

<sup>2)</sup> hier: Single Name Credit Default Swaps

	Nominalwerte 31.12.2009	Nominalwerte 31.12.2008	Marktwerte positiv 31.12.2009	Marktwerte negativ 31.12.2009
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Kontrahenten				
OECD-Banken	568.106	504.626	18.318	24.831
Banken außerhalb der OECD	39	62	0	3
Sonstige Kontrahenten	28.260	54.714	1.389	1.387
Öffentliche Stellen	1.131	1.314	39	52
Insgesamt	597.536	560.716	19.746	26.273

#### Kredite im fremden Namen und für fremde Rechnung

Die Kredite im fremden Namen und für fremde Rechnung valutieren zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 2.979 Mio. EUR.

#### Personalbestand

Der durchschnittliche Personalbestand von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern ohne Vorstand und Auszubildende, aber einschließlich Aushilfen ist aus den vier Quartalsendständen des Berichtsjahres ermittelt.

	2009	2008
Mitarbeiterinnen	1.627	1.629
Mitarbeiter	1.694	1.678
Außertariflich Eingestufte	2.289	2.183
Tarifich Eingestufte	1.032	1.124
Insgesamt	3.321	3.307

Bezüge und Kredite an Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der KfW

Jahresvergütung 2009

	Geldbezüge	Sonstige Bezüge <sup>1)</sup>	Gesamt
	TEUR	TEUR	TEUR
Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender)	660,0	103,3	763,3
Dr. Günther Bräunig	349,2	22,5	371,7
Dr. Norbert Kloppenburg	466,6	32,5	499,1
Wolfgang Kroh (bis 30.09.2009)	385,2	14,6	399,8
Bernd Loewen (seit 01.07.2009)	240,0	15,4	255,4
Dr. Axel Nawrath (seit 01.04.2009)	243,8	51,7	295,5
Gesamt	2.344,8	240,0	2.584,8

<sup>1</sup> Die sonstigen Bezüge bestehen im Wesentlichen aus Dienstwagennutzung und Versicherungsbeiträgen sowie den darauf entfallenden Steuern und Sozialabgaben.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen sind zum 31. Dezember 2009 43.083 TEUR zurückgestellt. Die laufenden Bezüge betragen 3.619 TEUR. Der Gesamtbetrag der Kredite an Mitglieder des Vorstandes betrug zum 31. Dezember 2009 87 TEUR. Die Zinssätze liegen zwischen 3 % und 4 % p.a.

Die Bezüge des Verwaltungsrats werden von der Aufsichtsbehörde gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung der KfW festgesetzt und setzen sich strukturell wie folgt zusammen:

- Vergütung für den Verwaltungsratsvorsitz 13 TEUR p. a. (Vorjahr: 13 TEUR)
- Vergütung für den stellvertretenden Vorsitz 10 TEUR p. a. (Vorjahr: 10 TEUR)
- Vergütung für die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat 5 TEUR p. a. (Vorjahr: 5 TEUR)
- Vergütung für die Mitgliedschaft im Kreditbewilligungsausschuss, Präsidial- und Prüfungsausschuss 0,6 TEUR p. a. (Vorjahr: 0,6 TEUR)

Bei unterjähriger Mitgliedschaft erfolgt die Vergütung anteilig.

Die Mitglieder der Bundesregierung, die aufgrund § 7 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die KfW Mitglied des Verwaltungsrats sind, verzichten auf ihre Aufwandsentschädigung nach § 4 Abs. 5 der Satzung der KfW. Mit dieser Selbstbindung wollen die Verwaltungsratsmitglieder den Public Corporate Governance Kodex des Bundes und die Grundsätze guter Unternehmensführung unterstützen und gehen durch ihren Verzicht über deren Anforderungen hinaus.

Auf Anforderung werden Tagegeld (0,2 TEUR pro Sitzungstag) und Reisekosten gezahlt.

Einzelheiten zu den Bezügen des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2009 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

	Mitgliedszeitraum	Aufwandsentschädigung
	2009	TEUR
Bundesminister a. D. Peer Steinbrück <sup>1)</sup>	01.01.-27.10.	0
Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble <sup>1)</sup>	28.10.-31.12.	0
Bundesminister a. D. Michael Glos <sup>1)</sup>	01.01.-10.02.	0
Bundesminister Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg <sup>1)</sup>	12.02.-27.10.	0
Bundesminister Rainer Brüderle <sup>1)</sup>	28.10.-31.12.	0
Bundesministerin Ilse Aigner <sup>1)</sup>	01.01.-31.12.	0
Dr. Günter Baumann	01.01.-01.04.	1,7
Anton F. Börner	01.01.-31.12.	5,7
Christian Brand	05.08.-31.12.	2,2
Dr. Uwe Brandl	01.01.-31.12.	5,1
Frank Bsirske	01.01.-31.12.	5,1
Minister a. D. Prof. Dr. Ingolf Deubel <sup>2)</sup>	01.01.-31.12.	6,3
Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann	27.05.-31.12.	3,4
Staatsminister a. D. Prof. Dr. Kurt Faltlhauser <sup>2)</sup>	01.01.-31.12.	5,7
Bundesminister a. D. Sigmar Gabriel <sup>1)</sup>	01.01.-27.10.	0
Heinrich Haasis	01.01.-31.12.	7,0
Gerhard P. Hofmann	01.01.-31.12.	6,3
Minister Peter Jacoby <sup>2)</sup>	01.01.-31.12.	5,1
Dr. Siegfried Jaschinski	01.01.-19.05.	2,6
Bartholomäus Kalb	01.01.-31.12.	6,3
Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel	01.01.-22.05.	2,3

	Mitgliedszeitraum 2009	Aufwandsentschädigung TEUR
Ministerpräsident Roland Koch <sup>2)</sup>	01.01.-31.12.	5,7
Dr. h. c. Jürgen Koppelin	01.01.-31.12.	5,7
Waltraud Lehn	01.01.-31.12.	5,7
Minister Dr. Helmut Linszen <sup>2)</sup>	01.01.-31.12.	5,7
Dr. Gesine Löttsch <sup>3)</sup>	01.01.-31.12.	5,1
Claus Matecki	01.01.-31.12.	5,1
Dr. Michael Meister	01.01.-31.12.	5,7
Franz-Josef Möllenberg	01.01.-31.12.	6,3
Minister Hartmut Möllring <sup>2)</sup>	01.01.-31.12.	5,1
Klaus-Peter Müller	01.01.-23.03.	1,4
Bundesminister Dirk Niebel <sup>1)</sup>	28.10.-31.12.	0
Ministerpräsident Matthias Platzeck <sup>1)</sup>	01.01.-31.12.	0
Bundesminister Dr. Peter Ramsauer <sup>1)</sup>	28.10.-31.12.	0
Bundesminister Dr. Norbert Röttgen <sup>1)</sup>	28.10.-31.12.	0
Alexander Rychter <sup>3)</sup>	01.01.-31.12.	5,6
Christine Scheel <sup>3)</sup>	01.01.-31.12.	5,7
Hanns-Eberhard Schleyer	01.01.-31.12.	6,3
Andreas Schmitz	25.03.-31.12.	5,5
Dr. Werner Schnappauf	05.08.-31.12.	2,2
Michael Sommer	01.01.-31.12.	5,7
Gerd Sonnleitner	01.01.-31.12.	5,7
Bundesminister a. D. Dr. Frank-Walter Steinmeier <sup>1)</sup>	01.01.-27.10.	0
Ludwig Stiegler	01.01.-31.12.	6,3
Bundesminister a. D. Wolfgang Tiefensee <sup>1)</sup>	01.01.-27.10.	0
Bundesminister Dr. Guido Westerwelle <sup>1)</sup>	28.10.-31.12.	0
Bundesministerin a. D. Heidemarie Wiecek-Zeul <sup>1)</sup>	01.01.-27.10.	0
Gesamt <sup>4)</sup>		160,0

<sup>1)</sup> Verzicht auf Aufwandsentschädigung

<sup>2)</sup> Auf diesen Betrag findet Landesrecht Anwendung

<sup>3)</sup> Betrag bislang nicht abgerufen

<sup>4)</sup> Summe der Aufwandsentschädigungen einschließlich noch nicht abgerufener Beträge

#### Honorar des Jahresabschlussprüfers

Die KfW nimmt die Erleichterung gemäß § 285 Nr. 17 HGB in Anspruch und verweist auf die Aufgliederung der Abschlussprüferhonorare im Konzernabschluss der KfW-Gruppe.

#### Konzernzugehörigkeit

Die KfW ist zum 31. Dezember 2009 in den Konzernabschluss der KfW, Frankfurt am Main, einbezogen. Der Konzernabschluss nach IFRS wird in deutscher Sprache im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Mandate gesetzlicher Vertreter oder anderer Mitarbeiter in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften gemäß § 267 Abs. 3 HGB

Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender)

DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln (seit Oktober 2009)

Deutsche Post AG, Bonn

Deutsche Telekom AG, Bonn

KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main (seit Oktober 2009)

Dr. Günther Bräunig

KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main (bis Dezember 2009)

Deutsche Pfandbriefbank AG, München (seit August 2009)



Hypo Real Estate Holding AG, München (seit Juli 2009)

Dr. Norbert Kloppenburg

DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln

DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Langen

KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main

Dr. Lutz-Christian Funke

IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf

Doris Köhn

ProCredit Holding AG, Frankfurt

Verwaltungsrat

Rainer Brüderle

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie (seit 28.10.2009)

Stellvertretender Vorsitzender (28.10.2009 bis 31.12.2009)

Vorsitzender (seit 01.01.2010)

Dr. Wolfgang Schäuble

Bundesminister der Finanzen (seit 28.10.2009)

Vorsitzender (28.10.2009 bis 31.12.2009)

Stellvertretender Vorsitzender (seit 01.01.2010)

Peer Steinbrück

Bundesminister der Finanzen a. D. Vorsitzender (bis 27.10.2009)

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie a. D. (seit 12.02.2009)

Stellvertretender Vorsitzender (12.02.2009 bis 27.10.2009)

Michael Glos

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie a. D. (bis 10.02.2009)

Stellvertretender Vorsitzender (01.01.2009 bis 10.02.2009)

Ilse Aigner

Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Dr. Günter Baumann

Mitglied des Vorstands des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) e. V.

Vertreter der Industrie (bis 01.04.2009)

Anton F. Börner

Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels e. V.

Vertreter des Handels

Christian Brand

Vorsitzender des Vorstands L-Bank, Landeskreditbank Baden-Württemberg

Vertreter der Realkreditinstitute (seit 05.08.2009)

Dr. Uwe Brandl

Präsident des Bayerischen Gemeindetages

Vertreter der Gemeinden (bis 31.12.2009)

Frank Bsirske

Vorsitzender der ver.di -Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft

Vertreter der Gewerkschaften

Prof. Dr. Ingolf Deubel

Minister der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz a. D.

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied (bis 31.12.2009)

Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann

Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) e. V.

Vertreter der Industrie (seit 27.05.2009)

Prof. Dr. Kurt Faltlhauser

Staatsminister a. D. im Bayerischen

Staatsministerium der Finanzen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Axel Gedaschko

Senator

Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied (seit 01.01.2010)

Sigmar Gabriel

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit a. D. (bis 27.10.2009)

Heinrich Haasis

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Vertreter der Sparkassen

Hubertus Heil

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied (seit 01.01.2010)

Gerhard P. Hofmann

Mitglied des Vorstands des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)

Vertreter der genossenschaftlichen Kreditinstitute

Peter Jacoby

Minister der Finanzen des Saarlandes

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied (bis 31.12.2009)

Dr. Siegfried Jaschinski

Vorsitzender des Vorstands Landesbank Baden-Württemberg a. D.

Vertreter der Realkreditinstitute (bis 19.05.2009)

Bartholomäus Kalb

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.

Vertreter der Industrie (bis 22.05.2009)

Roland Koch

Ministerpräsident des Landes Hessen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. h. c. Jürgen Koppelin

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Monika Kuban

Ständige Vertreterin des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages

Vertreterin der Gemeinden (seit 01.01.2010)

Waltraud Lehn

Mitglied des Deutschen Bundestages a. D.

Vom Bundestag bestelltes Mitglied (bis 31.12.2009)

Fortsetzung: Verwaltungsrat

Karoline Linnert

Bürgermeisterin

Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied (seit 01.01.2010)

Dr. Helmut Linssen

Minister der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Gesine Löttsch

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Claus Matecki

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Vertreter der Gewerkschaften

Dr. Michael Meister

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Franz-Josef Möllenberg

Vorsitzender der Gewerkschaft

Nahrung-Genuss-Gaststätten

Vertreter der Gewerkschaften

Hartmut Möllring

Minister der Finanzen des Landes Niedersachsen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Klaus-Peter Müller

Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken e. V.

Vertreter der Kreditbanken (bis 23.03.2009)

Dirk Niebel

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (seit 28.10.2009)

Matthias Platzeck

Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied (bis 31.12.2009)

Dr. Peter Ramsauer

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (seit 28.10.2009)

Dr. Norbert Röttgen

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (seit 28.10.2009)

Alexander Rychter

Sprecher des Vorstands Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland-Westfalen e. V.

Vertreter der Wohnungswirtschaft

Christine Scheel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Hanns-Eberhard Schleyer

Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Vertreter des Handwerks

Andreas Schmitz

Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken e. V.

Vertreter der Kreditbanken (seit 25.03.2009)

Dr. Werner Schnappauf

Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.

Vertreter der Industrie (seit 05.08.2009)

Carsten Schneider

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied (seit 01.01.2010)

Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Vertreter der Gewerkschaften

Gerd Sonnleitner

Präsident des Deutschen Bauernverbandes e. V.

Vertreter der Landwirtschaft

Dr. Frank-Walter Steinmeier

Bundesminister des Auswärtigen a. D. (bis 27.10.2009)

Ludwig Stiegler

Mitglied des Deutschen Bundestages a. D.

Vom Bundestag bestelltes Mitglied (bis 31.12.2009)

Wolfgang Tiefensee

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung a. D. (bis 27.10.2009)

Marion Walsmann

Ministerin der Finanzen des Freistaats Thüringen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied (seit 01.01.2010)

Dr. Guido Westerwelle

Bundesminister des Auswärtigen (seit 28.10.2009)

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung a. D. (bis 27.10.2009)

Vorstand

Dr. Ulrich Schröder

Vorstandsvorsitzender

Dr. Günther Bräunig

Dr. Norbert Kloppenburg

Wolfgang Kroh

(bis 30.09.2009)

Bernd Loewen

(seit 01.07.2009)

Dr. Axel Nawrath

(seit 01.04.2009)

Dr. Ulrich Schröder

(Vorstandsvorsitzender)

Dr. Günther Bräunig  
Bernd Loewen

Dr. Norbert Kloppenburg  
Dr. Axel Nawrath

Frankfurt am Main, den 28. Januar 2010

#### Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der KfW, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die KfW sowie der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der KfW. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die KfW sowie der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KfW. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der KfW und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 12. März 2010

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Mock  
Wirtschaftsprüfer

Schweitzer  
Wirtschaftsprüfer

Herausgeber:

KfW Bankengruppe

Abteilung Kommunikation

Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main

Telefon 069 7431-0, Telefax 069 7431-2944

[infocenter@kfw.de](mailto:infocenter@kfw.de), [www.kfw.de](http://www.kfw.de)

Konzeption und Realisation:

MEHR Werbe- und Projektagentur, Düsseldorf

---